

Aus dem Buch von Bernd Senf: Der Nebel um das Geld, Gauke – Verlag für Sozialökonomie, www.sozialoekonomie.de.

Bernd Senf

7. Die Problematik des Zinssystems

Wir haben weiter oben schon herausgearbeitet, daß der Zins seinen Ursprung im widersprüchlichen Charakter des bisherigen Geldes hat: Einerseits als allgemeines Tauschmittel ein öffentliches Gut zu sein, auf dessen Fließen die meisten Teilnehmer einer arbeitsteiligen Wirtschaft angewiesen sind; andererseits privates Gut zu sein, das für beliebige private Interessen verwendet werden kann (z.B. für spekulatives Horten) und nur gegen einen hinreichend erscheinenden Zins am Kapitalmarkt angelegt und damit in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt wird. Wir wollen nun im einzelnen der auf Silvio Gesell zurückgehenden These nachgehen, daß der Zins nicht nur ein unzuverlässiges Mittel der Umlaufsicherung des Geldes ist, sondern darüber hinaus auch noch ein in vieler Hinsicht destruktives Mittel, das langfristig eine Vielzahl von Krisentendenzen hervortreibt.

7.1 Geld wächst und wächst und wächst

Bei der Untersuchung des Zinses beginnen wir mit der scheinbaren Selbstverständlichkeit, daß ein Geldbetrag, der festverzinslich angelegt wird, im Laufe der Zeit zu einer immer größeren Summe anwächst. Wir kennen alle entsprechende Berechnungen und Grafiken, die den Geldanlegern von Seiten der Banken oder Lebensversicherungen vorgelegt werden und die deutlich machen, wie sich das angelegte Geld über die Jahre hinweg scheinbar ganz von selbst vermehrt. "Lassen Sie Ihr Geld arbeiten" ist ein gängiger Werbespruch von Kreditinstituten.

Je nach Zinssatz ergibt sich - wie in *Abb. 37* dargestellt - aus der festverzinslichen Anlage eines Geldbetrages (100) ein mehr oder weniger schnelles Wachstum des Geldvermögens, was sich von Jahr zu Jahr immer weiter beschleunigt ("exponentielles Wachstum"). Um nur ein Beispiel zu nennen: 10.000 DM festverzinslich angelegt wachsen in fünfzig Jahren an

bei	3%	6%	9%	12%
auf	44.000	184.000	744.000	2.890.000

Wo soll dieses Wachstum herkommen? Wie kommt es, daß "das Geld arbeitet", daß es sich, wenn man es anlegt, automatisch vermehrt? Verfolgen wir zur Klärung dieser Frage einmal die möglichen Wege, die das Geld zurückgelegt haben kann, ehe es in Form von Zinsen und Tilgung wieder zu den Geldanlegern zurückfließt.

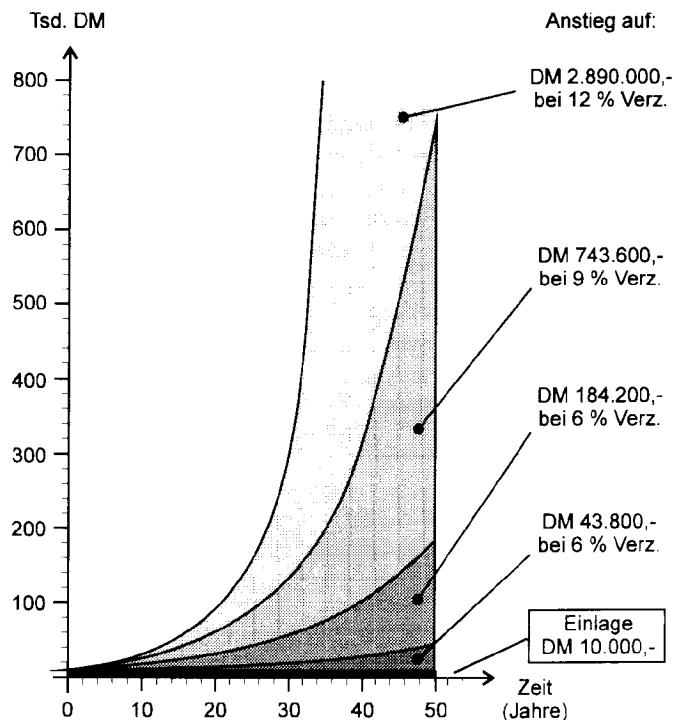


Abb. 37: Entwicklung einer Geldanlage durch Zins und Zinseszins bei verschiedenen Zinssätzen über 50 Jahre.

7.2 Sparen und Investieren im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf

Das Geld der Geldanleger wandert z.B. zu den Geschäftsbanken oder Kreditinstituten, die es ihrerseits als Kredite weiter an die Unternehmen ausleihen, z.B. für Investitionen. Auf diese Weise wird die Lücke im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf, die erst einmal durch das Sparen entstanden war, wieder geschlossen (wie bereits in *Abb. 19a und b* dargestellt). Denn die Unternehmen können mit den Krediten Investitionsgüter und damit einen Teil des Sozialprodukts nachfragen. Bis dahin scheint der Zins erst einmal eine gesamtwirtschaftlich positive Funktion zu haben: Er lockt - wie wir dies schon weiter oben herausgearbeitet haben - das überflüssige Geld auf den Kapitalmarkt und ermöglicht, daß dieses Geld von anderen nachfragewirksam verwendet wird.

Die (neo-)klassischen Vorstellungen vom Zinsmechanismus

Wenn am Kapitalmarkt die Nachfrage nach Krediten für Investitionen (I) nicht übereinstimmt mit dem Angebot an Krediten durch Sparen (S) (was eher die Regel als die Ausnahme sein wird), dann scheint der Zins sogar für einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage am Kapitalmarkt zu sorgen: Mit steigendem Zins sinkt einerseits die Nachfrage nach Investitionskrediten (I) und steigt andererseits das Kreditangebot von Seiten der Sparer (S), dargestellt in

(Abb. 38). Ist z.B. bei einem Zins z_1 die Kreditnachfrage I größer als das Kreditangebot S , so werden die Geschäftsbanken den Zins erhöhen, bis sich beide Größen ausgleichen (Gleichgewichtszins \bar{z}). Ist bei einem Zins z_2 die Kreditnachfrage geringer als das Kreditangebot, dann werden die Banken den Zins senken, bis es zu einem Ausgleich kommt.

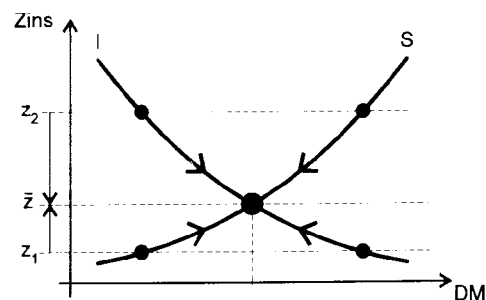


Abb. 38: Nachfrage nach Investitionskrediten (I) und Angebot an Spargeldern (S) in Abhängigkeit vom Zinsniveau — und die Bildung eines Gleichgewichtszinses (\bar{z}).

Der Zins scheint also ein wunderbarer Regulator zu sein, um am Kapitalmarkt immer wieder das Gleichgewicht zwischen Kreditangebot und Kreditnachfrage herzustellen, und damit im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf das Gleichgewicht zwischen Sozialprodukt einerseits und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage andererseits. So wird es auch in vielen ökonomischen Lehrbüchern gelehrt.

Man spricht in diesem Zusammenhang vom "Zinsmechanismus am Kapitalmarkt", und man war lange Zeit der Auffassung, daß er im Großen und Ganzen immer wieder dafür sorgt, vorübergehende Ungleichgewichte am Kapitalmarkt abzubauen - und auf diese Weise auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage immer wieder in Übereinstimmung zu bringen mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot, dem Sozialprodukt.

So war jedenfalls die klassisch-liberale, auf Adam Smith zurückgehende Auffassung über die vermeintlich störungsfreie Selbstregulierung des Kapitalmarkts, und auch die späteren - mit mathematischen Modellen dargestellten - Gedanken der sogenannten "Neoklassik", die bis heute zum Standardprogramm wirtschaftswissenschaftlichen Studiums gehören. Derartige Vorstellungen vom Zinsmechanismus machten und machen es schwer, die dahinter sich verbergende Problematik des Zinses zu erkennen. Die Wirtschaft bedarf ja geradezu des Zinses, um das Geld in Fluß zu halten (jedenfalls solange, wie es keine andere wirksame Umlaufsicherung des Geldes gibt). Worin soll denn dann die Problematik des Zinses liegen?

Die späte Korrektur durch Keynes

Erst sieben Jahre nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929 erfolgte im Rahmen der akademischen Wirtschaftswissenschaften eine späte, viel zu späte

Korrektur dieser Auffassung durch den weltberühmt gewordenen englischen Ökonomen John Maynard Keynes - mit seinem 1936 veröffentlichten Buch über die "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes". In Deutschland hatte die Massenarbeitslosigkeit Anfang der dreißiger Jahre schon den Boden für den Faschismus bereitet, und die Nazierrschaft hatte sich bereits durchgesetzt.

"Liquiditätspräferenz" - ein Leck im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf

Keynes räumte mit seiner Theorie (deren Grundgedanken und Problematik ich an anderer Stelle ausführlich erläutert habe)²⁰ immerhin ein, daß der Zins die ihm unterstellte Regulatorfunktion am Kapitalmarkt nicht immer erfüllen muß, sondern daß es auch zu längerfristigen Ungleichgewichten am Kapitalmarkt kommen kann. Einen wesentlichen Grund sah er darin, daß das gesparte, also nicht konsumierte Geld sich nicht automatisch in voller Höhe vom Zins auf den Kapitalmarkt locken läßt, sondern aus "Vorliebe für Liquidität" ("Liquiditätspräferenz") lieber gehortet wird - z.B. für Spekulationszwecke.

Die Konsequenz, die er daraus zog, lag aber nicht in einer grundsätzlichen Problematisierung des Zinses und in einer entsprechenden Korrektur des Zins- und Geldsystems, sondern in der Forderung nach zusätzlichen Staatsausgaben zur Auffüllung der Lücke im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf. Die wirksamste Form der Finanzierung sah er in der Geldschöpfung. Was Keynes für die Behebung der gesamtwirtschaftlichen Kreislaufstörung vorgeschlagen hat, läßt sich veranschaulichen am Bild einer Zentralheizung: Nachdem endlich das Leck im Heizungskreislauf erkannt wurde, wird an anderer Stelle einfach zusätzlich Wasser zugegossen - anstatt das Leck zu stopfen und damit die Ursache der Störung zu beheben. Daß bei dieser Art der Intervention das ganze System durcheinander kommen und überflutet werden kann, wenn das abgeflossene Wasser (das gehortete Geld) seinerseits unvermittelt und unerwartet in den Kreislauf zurückschwappt, liegt eigentlich auf der Hand.

Geldschöpfung als Symptombehandlung

Eine Lösung des zugrundeliegenden Problems scheint diese Art von staatlicher Intervention also nicht zu beinhalten. Vielmehr handelt sich um ein Kurieren am Symptom des gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels und der dadurch bewirkten Arbeitslosigkeit, mit der unerwünschten, aber wohl unvermeidlichen Nebenwirkung von Inflation - als Folge einer Überflutung des Wirtschaftskreislaufs mit zusätzlich und im Übermaß geschöpftem Geld. Der Einsatz keynesianischer Beschäftigungspolitik, wie er später insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen westlichen Industrieländern praktiziert wurde, ging tatsächlich immer wieder einher mit schleichender Inflation - eine Entwicklung, die schließlich in den achtziger Jahren den Gegnern einer solchen Politik und Theorie, den sog. "Monetaristen", immer mehr Auftrieb gab und

²⁰ Bernd Senf: Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie, Berlin 1980, Kapitel "Wirtschaft und Staat"

zur Grundlage von Anti-Inflationspolitik mit drastischen Sparmaßnahmen - vor allem im sozialen Bereich - wurde. Im Zuge der Anwendung monetaristischer Politik hat sich das Problem der Arbeitslosigkeit, das mit keynesianischer Politik gelöst werden sollte, wieder enorm verschärft.

Mir erscheint das Verhältnis von Keynesianismus zu Monetarismus wie das Verhältnis zweier Ärzte, die sich beide nicht um die tiefer liegenden Ursachen einer Krankheit kümmern. Während der eine zur Symptombekämpfung Spritzen verabreicht (die tatsächlich kurzfristig wirken), warnt der andere vor den immer unübersehbarer werdenden "Nebenwirkungen" und setzt die Spritze wieder ab. Zum tieferen Verständnis der Krankheit und zur grundlegenden Heilung haben beide nichts beigetragen. An anderer Stelle bin ich ausführlich auf diese Art von Konfliktverdrängung von Seiten der Wirtschaftswissenschaften eingegangen.²¹

7.3 Der Zins muß in der Produktion erwirtschaftet werden

Gehen wir zunächst einmal weiter in der Verfolgung des Weges, den die Kredite und Zinsen im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zurücklegen. Der Aufnahme von Krediten in einem Jahr stehen ja die späteren Kreditrückzahlungen einschließlich der Zinsen gegenüber. In *Abb. 39* gehen wir - unter Berücksichtigung des Zeitablaufs - der Einfachheit halber davon aus, daß die Tilgung eines über 10 Jahre laufenden Kredites durch eine einmalige Rückzahlung im 10. Jahr erfolgt, während ein bestimmter Prozentsatz der Kreditsumme an Zinsen zu zahlen ist.

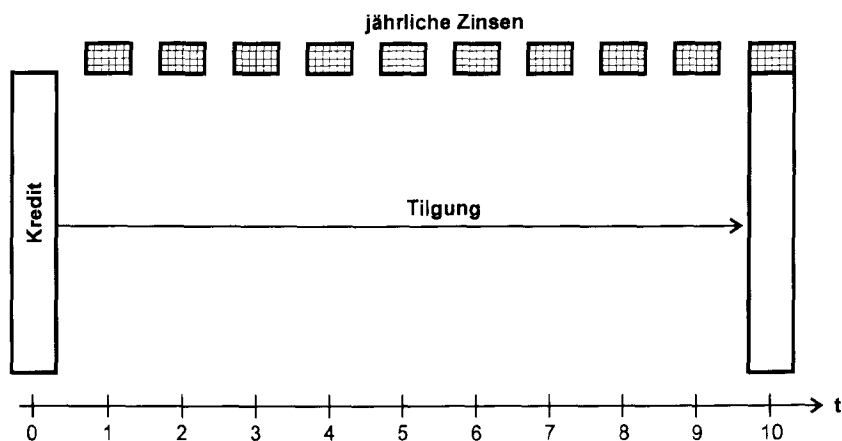


Abb. 39: Kredit mit 10 Jahren Laufzeit, Tilgung nach 10 Jahren und jährlich 10% Zinsen.

Bei einem Kredit von 100, Kreditzinsen von 10% und einer Laufzeit von 10 Jahren müssen also nicht nur jährlich Zinsen in Höhe von 10 gezahlt werden (in 10 Jahren also insgesamt 100), sondern am Ende muß auch noch die Kreditsumme von 100 zurückgezahlt werden. (Dies ist natürlich

²¹ Bernd Senf: Konfliktverdrängung und Systemerstarrung, in: *emotion3*, Berlin 1981

nur ein sehr einfaches Beispiel und nur eine von vielen möglichen Varianten, wie Zinszahlung und Tilgung aussehen können). Durch die Kreditzahlung plus Zinsen fließt das Geld von den Unternehmen zunächst einmal zu den Banken, die einen Teil davon abzweigen (um ihre Kosten zu decken - einschließlich der Kosten für die Bankpaläste - und auch noch einen Gewinn zu machen). Der Rest fließt (über die Jahre verteilt) zurück an die Geldanleger, deren Geldvermögen sich auf diese Weise vergrößert. *Abb. 40* stellt den Weg des Geldes von den Geldanlegern oder Geldkapitalbesitzern über die Geschäftsbanken (GB) zu den Unternehmen (U) und zurück noch einmal verkürzt dar:

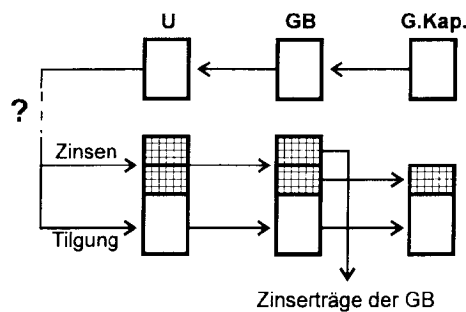


Abb. 40: Von den zurückfließenden Zinsen zweigen die Geschäftsbanken (GB) einen Teil ab, einen anderen leiten sie an die Geldkapitalbesitzer weiter.

Würden die Geldanleger die jährlich zurückfließenden Zinsen immer gleich wieder neu anlegen und sich verzinsen lassen (Zinseszins), würden sich ihre Geldvermögen entsprechend viel mehr vergrößern als in unserem Beispiel - und vor allen Dingen nicht einfach nur linear anwachsen, sondern exponentiell.

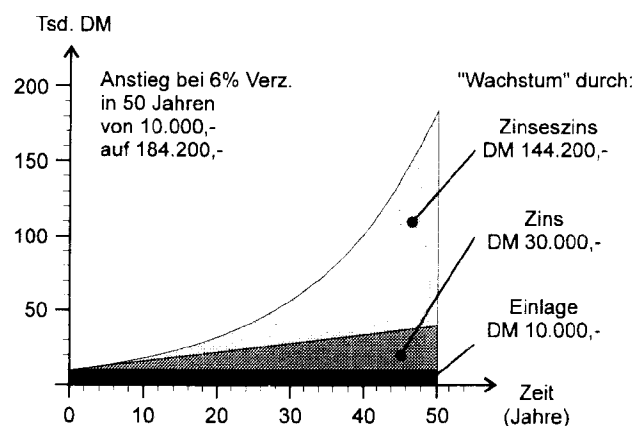


Abb. 41: Entwicklung einer Geldanlage durch Zins und Zinseszins

Abb. 41 veranschaulicht den Unterschied zwischen linearem Anwachsen bei

einfachem Zins und exponentiellem Anwachsen bei Zinseszins.

7.4 Zinseszins und Wachstumsdruck

Aus diesem einfachen Beispiel von Kreditaufnahme und Kreditrückzahlung wird bereits deutlich, daß dem Anwachsen der Geldvermögen auf der einen Seite die Erwirtschaftung der entsprechenden Mittel auf der anderen Seite zugrunde liegen muß: nämlich auf der Seite der Produktion und des Absatzes der produzierten Güter. Das Anwachsen der Geldvermögen erfordert also - gesamtwirtschaftlich und im Durchschnitt betrachtet - ein entsprechendes Wirtschaftswachstum. Anders ausgedrückt: Der Zins setzt die Wirtschaft unter einem permanenten Wachstumszwang. Aber auch darin könnte man noch etwas Positives sehen: Der Zins als Motor wachsender Produktion und wachsenden Wohlstandes! Nur: auf Dauer können die Anforderungen, die von Seiten des Zinses an das Wachstum der Produktion gestellt werden, gar nicht erfüllt werden. Und zwar aus mehreren Gründen. Der erste Grund soll an einem einfachen Rechenbeispiel erläutert werden:

Das Beispiel mit dem "Josephs-Pfennig"

Hätte es zur Zeit von Christi Geburt schon Pfennige bzw. Mark als Geld gegeben und hätte damals Joseph (oder auch Maria) nur einen einzigen Pfennig zu 5% Zinseszins angelegt, auf welchen Betrag wäre dieser "Josephs-Pfennig" wohl bis heute angewachsen? Unter der Voraussetzung, daß es seither keine Währungsreform gegeben hätte, sondern das damalige Geld seine Gültigkeit ununterbrochen bis heute bewahrt hätte? Wären daraus vielleicht 1000 Mark geworden, oder gar eine Million? Oder ist das viel zu hoch gegriffen?

Vielleicht kann man es sich besser vorstellen, wenn man die Geldsumme in Gold umrechnet (zum Goldpreis von 18.500 DM pro 1 kg, dem Goldpreis vom 9.1.1990). Würde die Summe dann einer Goldkugel in der Größe eines Fußballs entsprechen, oder vielleicht sogar einer Kugel mit 10 m Durchmesser? Weit gefehlt! Bis 1990 wären es 134 Milliarden Goldkugeln vom Gewicht der Erde geworden!²² Die entsprechende Geldsumme, auf die der eine Pfennig allein durch 5% Zinseszinses angewachsen wäre, übersteigt also absolut jedes Vorstellungsvermögen. Wie soll ein Geldvermögen auf eine derartige Menge Gold anwachsen können, wenn doch der wirkliche Erdball nur zu einem winzigen Bruchteil seines Gewichts aus Goldvorkommen besteht? Allein daran zeigt sich deutlich, daß das System des Zinseszinses auf Dauer gar nicht störungsfrei funktionieren kann. Es muß rein logisch immer wieder Einbrüche geben, bei denen sich die Geldforderungen bzw. das Geld insgesamt entwertet - z.B. durch Währungskrisen bzw. Währungsreformen. Um danach wieder beim Punkt Null anzufangen und vom neuem - erst unauffällig, dann immer deutlicher und

²² Dieses Beispiel habe ich dem Buch von Margrit Kennedy "Geld ohne Zinsen und Inflation" entnommen (S. 22). Sie selbst verweist in diesem Zusammenhang auf das Buch von Heinrich Hausmann: Der Josephs-Pfennig, Fürth, 1990.

schließlich in eskalierendem Tempo - auf einen neuen Zusammenbruch der Währung hinzusteuern.

Der Zinseszins entfaltet also eine Dynamik, die es der Produktion in der realen Welt begrenzter Ressourcen gar nicht möglich macht, seinen Anforderungen auf Dauer zu genügen. Die reale Produktion, das reale Sozialprodukt, kann auf Dauer unmöglich mit gleichbleibender Wachstumsrate exponentiell anwachsen, das heißt ein immer schnelleres Anwachsen der absoluten Größe hervorbringen. Das Rechenbeispiel mit dem Josephs-Pfennig zeigt diese Unmöglichkeit überdeutlich. Und das schon bei einem Pfennig!

Die Eskalation von Geldvermögen und Schulden

In Wirklichkeit handelt es sich beim angelegten Geldvermögen einer Volkswirtschaft um Hunderte oder Tausende von Milliarden Mark²³, und alle diese Geldvermögen fordern ihren Zins und Zinseszins ein, um immer noch weiter anzuwachsen.

DER MONETÄRE TEUFELSKREIS

Eskalation der Geldvermögen und Schulden

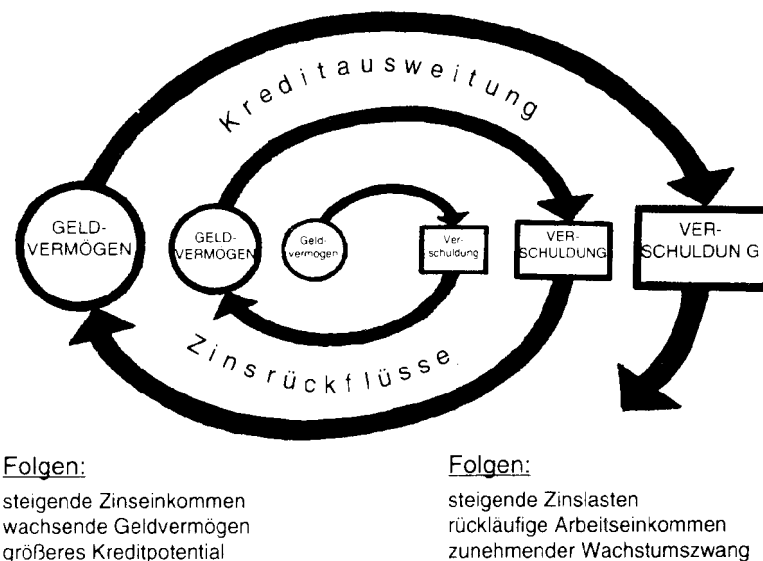


Abb. 42: Der monetäre Teufelskreis wachsender Geldvermögen und wachsender Verschuldung.
(Quelle: Helmut Creutz: Das Geldsyndrom, S. 219).

Während sich mit Beginn eines neuen Währungssystems, also in den ersten Jahren oder auch Jahrzehnten nach einer Währungsreform, dieses Anwachsen

²³ Unter der Überschrift "Deutsche sparen 4 Billionen" schreibt der Tagesspiegel von 14.9.94: "Die deutschen Haushalte hatten zum Ende des vergangenen Jahres fast 4000 Milliarden DM auf der hohen Kante. Wie der Bundesverband Deutscher Banken am Dienstag in Köln mitteilte, waren es genau 3925 Milliarden DM."

noch relativ langsam und unauffällig vollzieht, kommt es mit zunehmender Zahl der Jahre zu einer wachsenden Eskalation in der Anhäufung von Geldvermögen, die immer wieder nach Anlage drängen, das heißt nach vermehrter Kreditvergabe.

Das bedeutet aber auf der anderen Seite auch eine wachsende Verschuldung anderer Teile der Gesellschaft, und das heißt auch wachsende Schuldenlast. Denn die Schulden müssen bedient werden, und die wachsenden Zinsen belasten die Schuldner immer mehr. Helmut Creutz stellt in seinem Buch "Das Geldsyndrom" die Eskalation von Geldvermögen einerseits und Schuldenlast andererseits eindrucksvoll mit folgender Grafik dar (*Abb. 42*):

Beginnend an dem kleinen Kreis der Geldvermögen (GV) ungefähr in der Mitte der Grafik führt das Ausleihen dieser Gelder zu entsprechender Verschuldung (VS) auf der anderen Seite. Über die aus der Verschuldung folgenden Zinsrückflüsse an die Geldvermögenbesitzer wächst deren Geldvermögen an, was wiederum wachsende Kreditvergabe (und daher auch wachsende Verschuldung auf der anderen Seite) hervortreibt usw. Creutz spricht in diesem Zusammenhang auch von einem "monetären Teufelskreis".

7.5 Der Zins als Verursacher bzw. Verstärker von Krisen

7.5.3 Der Zins und die soziale Krise

Bisher war die Rede davon, daß die Zinserträge bzw. die Zinslasten im Verhältnis zum Volkseinkommen immer weiter angewachsen sind. Aber wie verteilen sich denn eigentlich die Zinserträge bzw. die Zinslasten auf die Bevölkerung? Wer profitiert davon, und wer trägt letztendlich die Hauptlasten? Um dieser Frage genauer auf den Grund zu gehen, kommen wir noch einmal zurück auf die Unternehmen, die ihrerseits Kredite aufgenommen haben und diese Kredite später zuzüglich der Zinsen zurückzahlen müssen. Tragen die Unternehmen demnach die Hauptlast der Zinsen, oder wo bleiben die Zinslasten sonst?

Die Zinsen stecken in den Preisen

Sehen wir uns hierzu einmal die Gegenüberstellung von Kosten und Erlösen eines Unternehmens an. In *Abb. 48* ist eine Unterteilung der Kosten in Lohnkosten (L), Material- und Maschinenkosten (M) sowie Finanzierungskosten (F) dargestellt. Zu den Finanzierungskosten gehören übrigens nicht nur die Zinsen für Fremdkapital, also für aufgenommene Kredite, sondern auch für Eigenkapital; denn dessen Einsatz im Unternehmen soll mindestens soviel Rendite abwerfen, wie man bei festverzinslicher Anlage am Kapitalmarkt ohne Risiko erzielen könnte. Also wird auf das eingesetzte Eigenkapital ein entsprechender "kalkulatorischer" Zins berechnet.²⁵

Wo kommen die Zinsen nun her, die das Unternehmen für den

²⁵ Die Aufbringung der Tilgung ist übrigens kein Bestandteil der Kosten, sondern erfolgt aus Gewinnen - ebenso wie ja auch die Selbstfinanzierung von Netto-Investitionen aus Gewinnen erfolgt.

aufgenommenen Kredit aufbringen muß und die am anderen Ende der Kette das Geldvermögen der Geldanleger anwachsen lassen? Sie stecken unsichtbar in den Preisen der Produkte! Denn sie sind ein Teil der Kosten, die über die Absatzpreise, das heißt über die Erlöse gedeckt werden müssen, wenn das Unternehmen nicht pleite gehen soll. Also muß jedes Unternehmen versuchen, mindestens auf Dauer und im Durchschnitt Preise zu erzielen, durch die alle Kosten abgedeckt sind, auch die Finanzierungskosten, das heißt auch die Zinsen auf Fremdkapital und Eigenkapital! Und darüber hinaus soll auch noch ein Gewinn erzielt werden. Aber während wir etwa beim Benzinpreis an der Tankstelle noch erfahren, wie groß der darin enthaltene Anteil der Mineralölsteuer ist (und während wir mindestens noch wissen, wie hoch der Mehrwertsteueranteil in jedem Produktpreis ist), geht der Zinsanteil in den Preisen völlig unter. Kaum jemand macht sich diesen Sachverhalt bewußt: Mit jedem Kauf von Waren bezahlt man im Preis unsichtbar und unbewußt einen mehr oder weniger großen Anteil an Zinsen mit.

Die unsichtbare Zinsbelastung trifft alle

Wie hoch dieser Anteil ist, hängt verständlicherweise davon ab, wieviel Kapital für die Herstellung der Produkte erforderlich war und wie lange dieses Kapital in der Produktion bzw. in den Produktionsmitteln gebunden ist. Ganz allgemein kann man sagen: Je kapitalintensiver eine Produktion und je länger die Kapitalbindung, um so höher ist der Anteil der Finanzierungskosten an den Gesamtkosten. Arbeitsintensive Produktion beinhaltet demgegenüber einen vergleichsweise geringen Anteil an Finanzierungskosten.

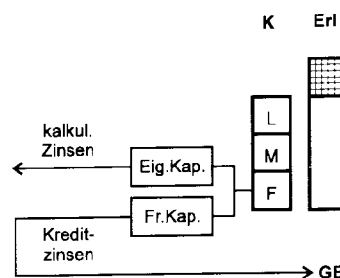


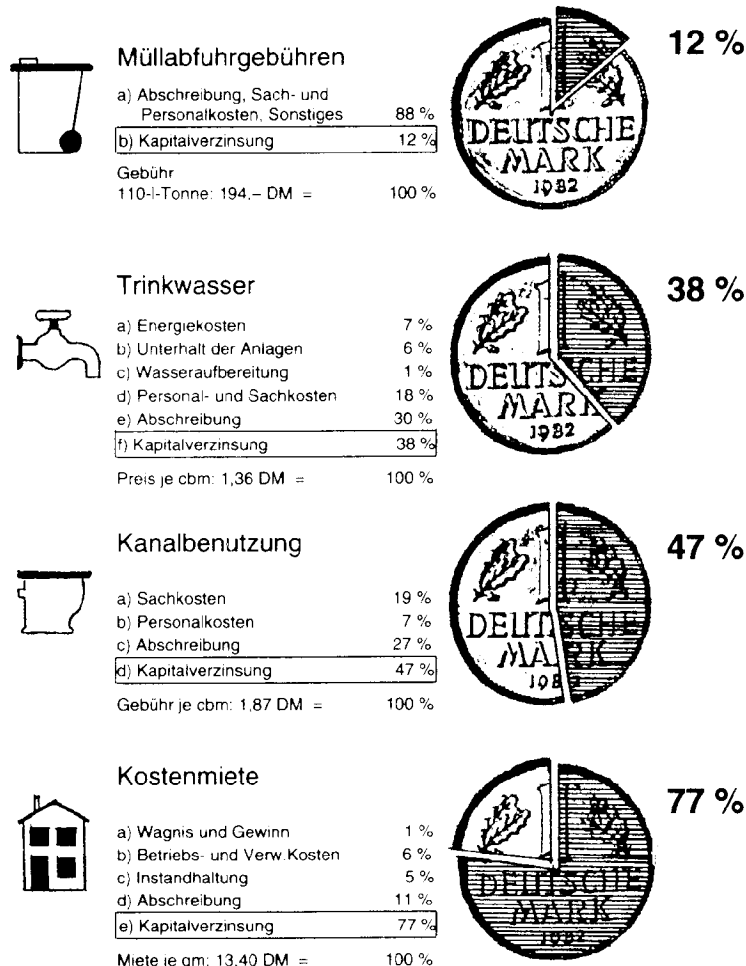
Abb. 48: Die Finanzierungskosten (F) enthalten Zinsen für Fremdkapital und Eigenkapital.

Bezeichnenderweise gibt es keine offiziellen Angaben über den Zinsanteil in den Produktpreisen, weder von Seiten der Unternehmen noch von Seiten der offiziellen Statistik. Aus bestimmten veröffentlichten Zahlen lassen sich aber

indirekt Rückschlüsse ziehen auf den Zinsanteil, und entsprechende Berechnungen und Schätzungen sind von Helmut Creutz (der sich intensiv mit diesen Zusammenhängen beschäftigt hat) angestellt worden. Einige konkrete Beispiele sind in *Abb. 49* aufgezeigt.

Den durchschnittlichen Zinsanteil für Konsumgüter schätzt er auf ungefähr 33% (Helmut Creutz: *Das Geldsyndrom*, S. 244). Das heißt auch: Von den Konsumausgaben der Haushalte fließt letztlich auf unsichtbare Weise tagtäglich ein Drittel für die Aufbringung von Zinsen ab - und landet einerseits bei den Banken, die davon ihre Kosten decken und ihren Gewinn abzweigen, und andererseits bei den Geldanlegern oder Geldvermögensbesitzern, die daraus ein leistungsloses Einkommen beziehen und ihr Geldvermögen anwachsen lassen. Ich will diese Zusammenhänge mit einigen Grafiken verdeutlichen, die nur das Grundprinzip veranschaulichen wollen, ohne sich zunächst auf konkrete statistische Daten zu stützen.

ZINS IM PREIS



*Abb. 49: Beispiele für Zinsanteile in öffentlichen Preisen. (Quelle: Helmut Creutz: *Das Geldsyndrom*, S. 245).*

Sozial Schwache werden relativ stark getroffen

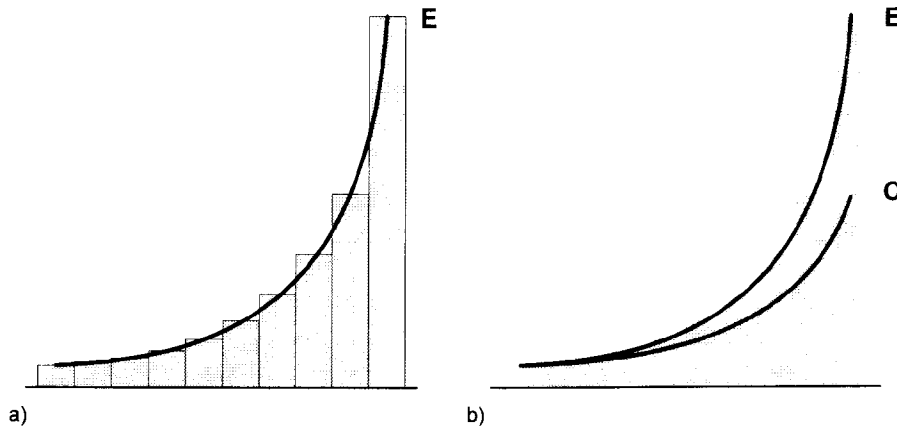


Abb. 50a und b: Ungleiche Einkommensverteilung sowie Konsumausgaben (C) bei unterschiedlichen Einkommen (E).

Abb. 50a soll die ungleiche Einkommensverteilung innerhalb einer Gesellschaft darstellen: Die ganze Gesellschaft ist in zehn unterschiedliche Einkommensschichten eingeteilt, deren durchschnittliche Einkommen jeweils durch die Höhe der Blöcke dargestellt sind. So stellt z.B. der linke Block die durchschnittlichen Einkommen (E) der untersten Einkommensschicht dar, der rechte Block diejenigen der obersten Einkommensschicht (der Einfachheit halber glätte ich in der Grafik die oberen Kanten der Blöcke und bekomme so eine Kurve, die die Ungleichheit der Einkommensverteilung veranschaulicht).

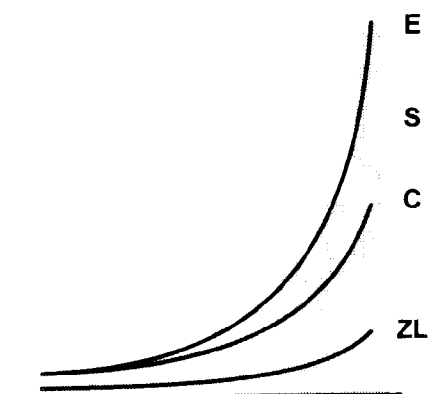


Abb. 50c: Ungefähr 1/3 der Konsumausgaben (C) sind unsichtbare Zinslasten (ZL).

Stellt man den unterschiedlichen Einkommen die unterschiedlichen Konsumausgaben (C) gegenüber, so ergibt sich ein Bild wie in Abb. 50b: Bei den unteren Einkommensschichten fließen die gesamten Einkommen in den Konsum

(tatsächlich konsumieren sie sogar mehr als ihr Einkommen, das heißt sie sind verschuldet). Mit wachsendem Einkommen steigen zwar die Konsumausgaben, es bleibt aber auch gleichzeitig immer mehr für das Sparen (S) übrig und dies übrigens nicht aufgrund einer höheren "Sparneigung", wie es die Wirtschaftswissenschaftler irreführend nennen, und auch nicht aufgrund eines "Konsumverzichts", sondern weil bei höherem Einkommen trotz des höheren Konsums einfach mehr übrig bleibt.

In *Abb. 50c* ist davon ausgegangen, daß in den Konsumausgaben jeweils ein Drittel unsichtbare Zinsen enthalten sind. Daraus ergibt sich mit wachsendem Einkommen auch eine ansteigende Kurve der unsichtbaren Zinslasten (ZL).

Es hat also zunächst den Anschein, als würden höhere Einkommensschichten entsprechend auch mit höheren Zinsen belastet. Gemessen in absoluten Beträgen ist das auch richtig. Aber bezogen auf das jeweilige Einkommen sieht das Bild schon ganz anders aus: Dann ergibt sich nämlich für die unteren Einkommensschichten ein viel höherer Prozentsatz als für die höheren Einkommensschichten. Schon von daher wirkt das Zinssystem unsozial, belastet die Einkommensschwachen relativ stärker als die Bezieher hoher Einkommen. (Genauso unsozial wirkt übrigens die Mehrwertsteuer.) Aber das ist noch das Geringste an der sozialen Problematik des Zinses. Ein anderer Aspekt läßt die Ungleichheit noch viel krasser werden, nämlich die ungleiche Verteilung der Zinserträge.

Ungleiche Einkommen, Vermögen und Zinserträge

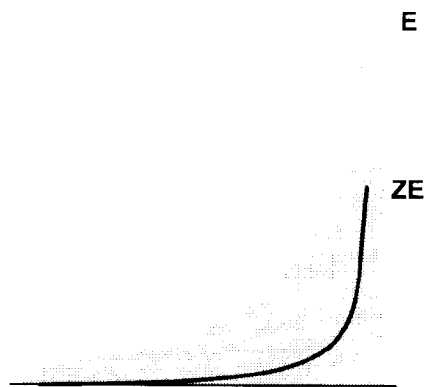


Abb. 51: Sichtbare Zinserträge aus Geldvermögen bei unterschiedlichen Einkommen.

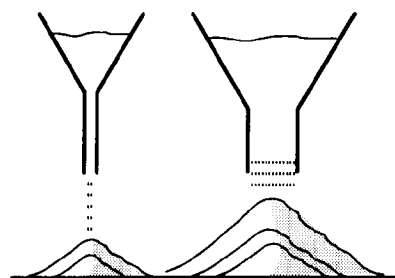


Abb. 52: Unterschiedliche Anhäufung von Geldvermögen bei unterschiedlichen Zinserträgen.

Zinserträge kann nur derjenige beziehen, der Geld überschüssig, überflüssig hat und über die Jahre hinweg daraus ein wachsendes Geldvermögen ansammeln und zinstragend anlegen kann. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die unterschiedlichen Einkommensschichten, so stellt man fest, daß die unteren gar nichts übrigbehalten und entsprechend kein Geldvermögen gebildet

haben, also auch keine Zinserträge beziehen können (im Gegenteil, sie haben sich sogar alles in allem netto verschuldet und müssen dafür Kredite und direkte Zinsen abbezahlen; ein Tatbestand, der in dieser Grafik noch nicht einmal berücksichtigt ist!). Mit wachsendem Einkommen bleibt dann ein bißchen und dann immer mehr übrig, die Geldvermögen wachsen an, und entsprechend auch die Zinserträge; bis zu den höchsten Einkommen, bei denen ganz viel übrigbleibt und daraus ganz hohe Zinserträge entstehen (*Abb.51* stellt den Zusammenhang zwischen ungleicher Einkommensverteilung und der Ungleichheit der Zinserträge ZE grafisch dar).

Abb.52 beinhaltet noch einmal eine symbolische Darstellung des Zusammenhangs unterschiedlicher Zinserträge und der unterschiedlichen Anhäufung von Geldvermögen. Man kann sich den Zusammenhang vorstellen wie bei zwei verschiedenen Sanduhren, wo pro Zeiteinheit bei der einen wenig und bei der anderen viel Sand durchrieselt und sich entsprechend unterschiedlich große Anhäufungen bilden. Der bildliche Vergleich ist allerdings nicht ganz zutreffend, weil bei wachsendem Geldvermögen die Zinserträge der folgenden Jahre ebenfalls wachsen, während die Trichterhälse im Bild gleich bleiben.

Diese Ungleichheiten entstünden schon dann, wenn alle Geldanleger die gleichen Zinssätze auf ihre Geldanlagen beziehen würden. Tatsächlich ist es aber auch noch so, daß die kleinen Sparer in der Regel viel niedrigere Zinssätze bekommen (z.B. auf Sparbücher) als die großen Geldanleger, so daß sich die Ungleichheit dadurch noch weiter verschärft.

Nur wenige profitieren vom Zinssystem - auf Kosten der großen Mehrheit

Stellt man nun in einer weiteren Grafik die unsichtbaren Zinslasten (ZL) den sichtbaren Zinserträgen (ZE) gegenüber, so zeigt sich, daß für die meisten Einkommensschichten die Rechnung negativ ausfällt (*Abb. 53*).

Die unsichtbaren Zinslasten sind in der Bundesrepublik nach Schätzungen von Helmut Creutz (*Das Geldsyndrom*, S. 278 ff) für 80% der Bevölkerung höher als deren Zinserträge, das heißt unter dem Strich werden sie durch das Zinssystem mehr oder weniger stark belastet. Die Freude über die Zinserträge aus Geldanlagen (die ihnen in die eine Tasche fließen) würde für die meisten Geldanleger sehr schnell getrübt, wenn sie sich der unsichtbaren und größeren Zinslasten bewußt würden, die ihnen mit jedem Kauf von Konsumgütern wieder herausfließen.

Bei der neunten Einkommensschicht halten sich im Durchschnitt unsichtbare Zinslasten und sichtbare Zinserträge ungefähr die Waage, und erst für die zehn Prozent mit den höchsten Einkommen ist das Zinssystem eine lohnende Angelegenheit: Bei ihnen liegen die Zinserträge (ZE) (und zwar schon im Durchschnitt betrachtet) eindeutig über den unsichtbaren Zinslasten (ZL).

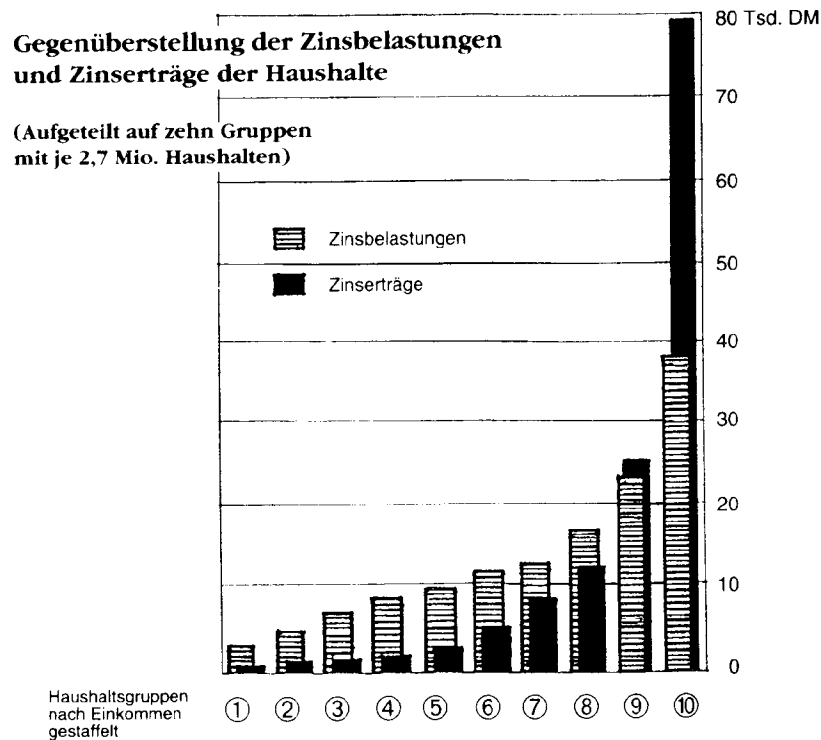


Abb. 53: (Quelle: Helmut Creutz: Das Geldsyndrom, S. 288).

Die unsichtbaren Zinslasten sind in der Bundesrepublik nach Schätzungen von Helmut Creutz (Das Geldsyndrom, S. 278 ff) für 80% der Bevölkerung höher als deren Zinserträge, das heißt unter dem Strich werden sie durch das Zinssystem mehr oder weniger stark belastet. Die Freude über die Zinserträge aus Geldanlagen (die ihnen in die eine Tasche fließen) würde für die meisten Geldanleger sehr schnell getrübt, wenn sie sich der unsichtbaren und größeren Zinslasten bewußt würden, die ihnen mit jedem Kauf von Konsumgütern wieder herausfließen.

Bei der neunten Einkommensschicht halten sich im Durchschnitt unsichtbare Zinslasten und sichtbare Zinserträge ungefähr die Waage, und erst für die zehn Prozent mit den höchsten Einkommen ist das Zinssystem eine lohnende Angelegenheit: Bei ihnen liegen die Zinserträge (ZE) (und zwar schon im Durchschnitt betrachtet) eindeutig über den unsichtbaren Zinslasten (ZL).

Würde man jetzt noch die oberste (rechte) Einkommensschicht in zehn einzelne Scheiben unterteilen, so würden die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommens- und Vermögensschichten noch augenfälliger, noch himmelschreiender. Grafisch ließe sich das gar nicht mehr auf einem Blatt Papier darstellen - so sehr würde die Einkommens- bzw. Vermögenskurve und die Kurve für die Zinserträge der obersten Einkommensschicht in die Höhe schießen. Einen sehr deutlichen Fall, der von Helmut Creutz (Das Geldsyndrom, S. 253) zitiert wird, schildert die BILD-Zeitung am 27.7.1990:

Fräulein Quandt (3 Milliarden)

heiratete Herrn Klatten (4.600 brutto)

Der gebürtige Hamburger hat die Liebesprobe bestanden und braucht nicht mehr für 4.600 Mark brutto im Monat zu arbeiten. Er hat schließlich im Nobel-Ort Kitzbühel (Österreich) ein scheues Mädchen geheiratet, das alleine an Zinsen täglich über 650.000 Mark verdient. Jan hätte sich zwölf Jahre als Angestellter abplagen müssen, um die Tageseinnahme seiner Frau zu verdienen.

Wir kommen also zu dem Ergebnis: Das Zinssystem bewirkt eine permanente Umverteilung von unten nach oben, von 80% der Bevölkerung zu den 10% der Reichsten (Abb. 54).

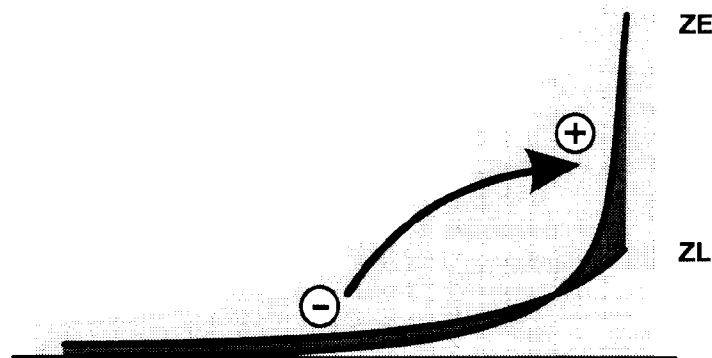


Abb. 54: Das Zinssystem bewirkt eine ständige Umverteilung von unten nach oben — vom größten Teil der Bevölkerung zu wenigen Reichen.

Auch die mittleren und höheren Einkommenschichten gehören insofern zu den Leidtragenden des Zinssystems. Nur ungefähr die letzten zehn Prozent mit den höchsten Einkommen profitieren von ihm. Und die letzten 1% oder sogar 1 Promill profitieren davon in einem Ausmaß, das alles Vorstellungsvermögen übersteigt - auf Kosten des größten Teils der Bevölkerung. Leistungsloses Einkommen in einer Gesellschaft, die sich selbst als "Leistungsgesellschaft" versteht!

Der Zins wirkt demnach wie eine Pumpe: Er pumpt tagtäglich Unsummen von Geld auf undurchsichtige und den meisten unbewusste Weise von der großen Mehrheit zu einer kleinen Minderheit. Wer "pumpt" sich eigentlich vom wem das Geld? Nicht

die Kreditnehmer von den Kreditgebern, wie es unsere Sprache nahelegt, sondern - netto betrachtet - die wenigen Reichen von der großen Mehrheit der Bevölkerung - und das alles ohne Arbeit und Leistung, nur aufgrund des Besitzes von großen Geldvermögen.

Die jährlich neu fließenden Zinserträge werden dem schon bestehenden Geldvermögen mehr oder weniger hinzugeschlagen, so daß diese Geldvermögen von Jahr zu Jahr immer weiter anwachsen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß: Die Geldvermögen der ganz Reichen wachsen viel schneller als diejenigen der mittleren Schichten, das heißt es findet eine ständige und sich beschleunigende Auseinanderentwicklung der Geldvermögen statt, eine immer stärkere Polarisierung der Gesellschaft; und das heißt auch: ein immer stärkeres Anwachsen der sozialen Ungleichheiten und sozialen Spannungen. Ich bringe es auf eine kurze Formel: Der Zins wirkt als Verstärker sozialer Krisentendenzen. Der Zinssatz wirkt langfristig wie ein sozialer Sprengsatz!

Und dabei ist das, was wir bisher abgeleitet haben, noch gar nicht die ganze Wahrheit. Bisher hatten wir nämlich angenommen, daß die unteren Einkommensschichten ihr Gesamteinkommen für Konsumausgaben verwenden. Aber in Wirklichkeit reichen die Einkommen vielfach ja gar nicht dafür aus, und die Haushalte müssen sich verschulden: Konsumentenkredite aufnehmen, Ratenkäufe tätigen usw. Ihr Sparen ist nicht nur Null, sondern negativ, sie machen Schulden und müssen auch dafür noch die sichtbaren und spürbaren Zinsen zahlen, zusätzlich zu den unsichtbaren Zinsen, von denen bisher die Rede war. Und auch die fließen letztendlich auch wieder denen zu, die sich am anderen Ende der Einkommens- und Vermögensskala befinden und "ihr Geld arbeiten lassen", anstatt selbst zu arbeiten. Während also auf der einen Seite die Geldvermögen mit wachsenden Einkommen immer schneller anwachsen, vergrößern sich am unteren Ende der Skala, bei den Unterschichten, die Schulden immer mehr und stürzen wachsende Teile der Bevölkerung ins soziale Elend. Denn wer die Schulden nicht mehr abtragen kann, dem geht es schließlich an den Kragen: Der Gerichtsvollzieher kommt, der Lohn (sofern überhaupt noch vorhanden) wird gepfändet, und der Sturz ins Bodenlose, ins soziale Abseits ist vorprogrammiert. Die folgende Grafik (*Abb. 55*) veranschaulicht, wie es schon 1983 mit der Verteilung der Geldvermögen bzw. Schulden privater Haushalte in der Bundesrepublik bestellt war. Die Ungleichheiten dürften inzwischen noch wesentlicher krasser sein.

Die Umverteilung von unten nach oben und die entsprechende Verschärfung sozialer Gegensätze findet übrigens nicht nur innerhalb der kapitalistischen Industrieländer statt, sondern darüber hinaus auch global: Im Verhältnis der Industrieländer zu den Entwicklungsländern, im Nord-Süd-Konflikt. Darauf kommen wir später noch zu sprechen.

Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchstichprobe

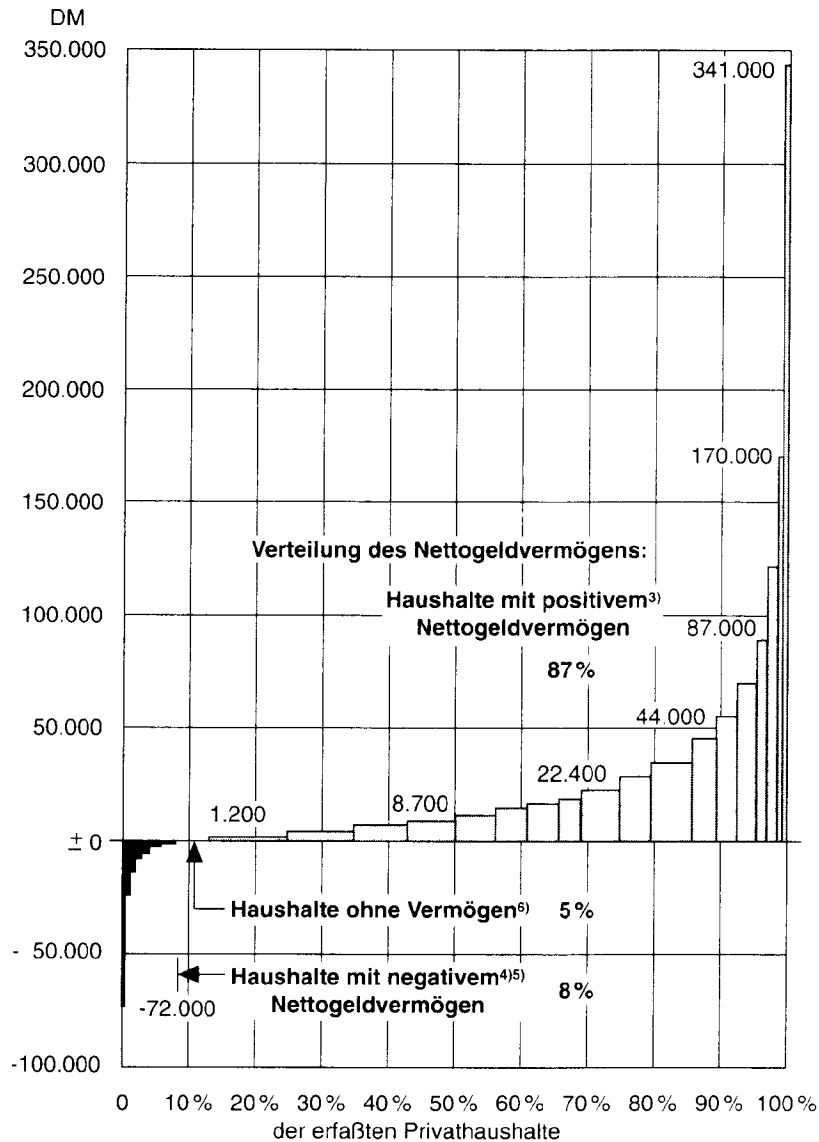


Abb. 55: (Quelle: Helmut Creutz: Das Geldsyndrom, S. 215).

7.5.4 Der Zins und die Krise des Staatshaushalts

Wir wollen vorher noch auf einen anderen Aspekt des Zinssystems eingehen, nämlich dessen Auswirkungen auf den Staatshaushalt, auf die Staatsverschuldung und die davon ausgehenden ökonomischen und sozialen

Folgewirkungen. Dazu sind zunächst einige Überlegungen zur Funktion und Problematik von Staatsverschuldung erforderlich.

Staatsverschuldung und Zukunftsinvestitionen

Der Staat finanziert ja einen Teil seines Haushalts über Steuern, einen anderen Teil über Kredite (Staatsverschuldung). Wenn der Staat z.B. Straßen oder Schulen bauen läßt, dann kommen diese langfristigen Investitionen auch der künftigen Generation zugute. Es erscheint deshalb sinnvoll und gerechtfertigt, die Lasten für die Finanzierung solcher Projekte auch auf die zukünftige Generation zu verteilen: Indem nämlich die künftige Generation mit ihren Steuerzahlungen es ermöglicht, daß der früher aufgenommene Kredit zuzüglich der Zinsen zurückgezahlt wird. Dies kann dann ohne Probleme geschehen, wenn ein entsprechendes Wirtschaftswachstum eintritt und - sogar bei gleichen Steuersätzen - höhere Steuereinnahmen entstehen.

Nachlassen des Wirtschaftswachstums und Schuldenklemme

Was ist aber, wenn sich das Wirtschaftswachstum abschwächt und entsprechend weniger Steuereinnahmen entstehen als erwartet? Dann muß der Staat entweder die Steuersätze erhöhen oder seine sonstigen Ausgaben senken, um die Kredite mit Zinsen zurückzahlen zu können. Aber sowohl Steuererhöhungen wie Ausgabensenkungen schaffen politische Konflikte, und jede Regierung würde sich gern solche Konflikte ersparen, insbesondere bei bevorstehenden Wahlen. Also greift sie vielfach zu einer anderen Möglichkeit, die erst einmal unproblematischer erscheint: Sie nimmt neue Kredite auf, und zwar nicht nur, um neue Zukunftsprojekte zu finanzieren, sondern um alte Kredite zurückzuzahlen; kurz: Neuverschuldung, um Altlasten abzutragen. Das heißt die Staatsverschuldung wird nicht nur absolut erhöht, sondern auch relativ im Verhältnis zum gesamten Staatshaushalt bzw. zum Sozialprodukt. Damit wird das Problem der Rückzahlung natürlich nicht gelöst, sondern in die Zukunft verlagert und gleichzeitig verschärft. *Abb. 56* zeigt die Entwicklung der Staatsverschuldung in der Bundesrepublik von 1970 - 1990.

Mit wachsender Staatsverschuldung nehmen auch die Zinslasten, die der Staatshaushalt aufzubringen hat, immer weiter zu, nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum Staatshaushalt insgesamt. Sie verschlingen einen immer größeren Teil vom wachsenden Kuchen des Staatshaushaltes - und erzeugen dadurch einen steigenden Druck auf andere Posten innerhalb des Budgets.

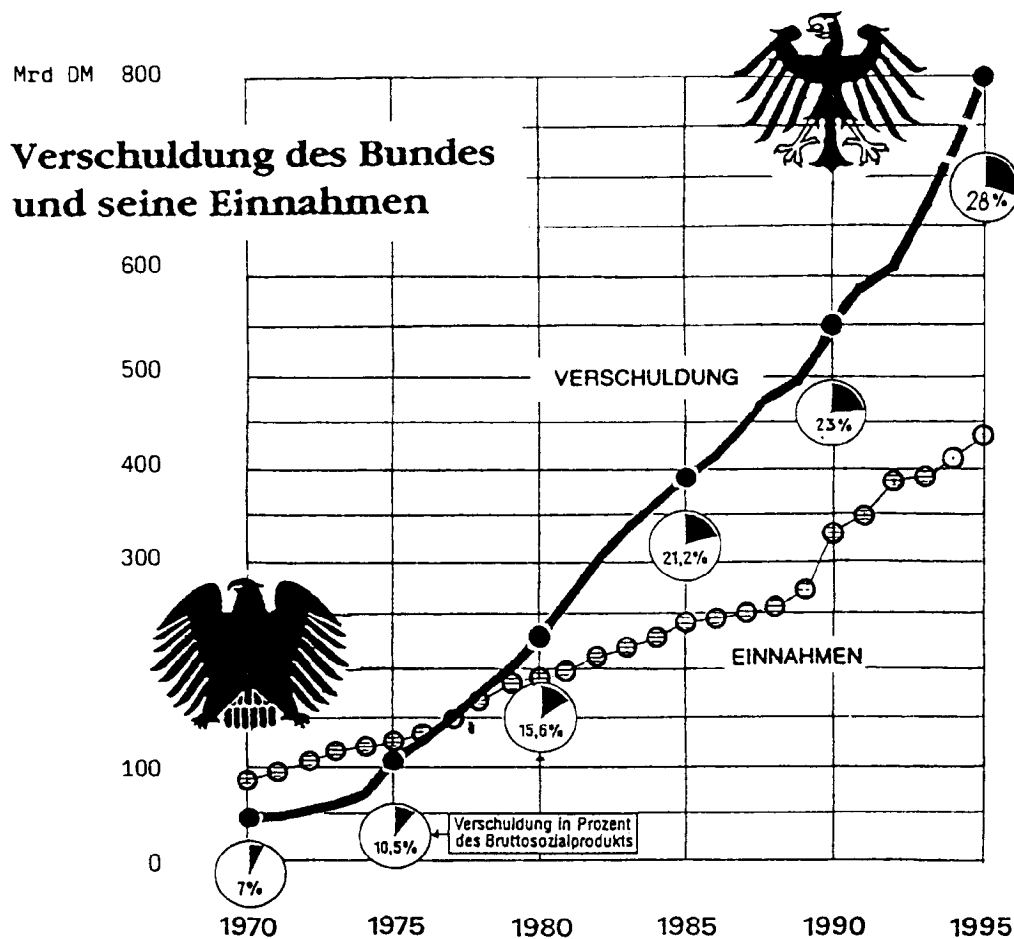


Abb. 56: (Quelle: Helmut Creutz: Das Geldsyndrom, S. 185).

Zins, Staatsverschuldung und Inflation

Im Unterschied zu privaten Unternehmen kann der Staat eine ganze Zeitlang weiter nach dieser Methode verfahren und immer mehr Kredite aufnehmen, um alte Schulden abzutragen, vorausgesetzt natürlich, die Zentralbank spielt mit und druckt immer wieder neues Geld für den Staat. Die Folge dieses Geldüberhangs gegenüber dem realen Sozialprodukt ist auf Dauer eine Inflation. Sie hat für den Staat und für andere Schuldner den Vorteil, daß die Rückzahlung früherer Schulden dadurch erleichtert wird. Aber die Geldanleger auf der anderen Seite werden sehr bald einen Inflationsausgleich in Form höherer Zinsen fordern, so daß der Zinssatz in die Höhe getrieben wird, und damit auch das Tempo der Umverteilung von unten nach oben.

Abb. 57 zeigt, wie die Schuldzinslasten des Staates gegenüber den staatlichen Investitionen in den Jahren 1970 bis 1990 explodiert sind:

Schuldenzinslasten und Investitionsausgaben des Staates von 1970 bis 1990

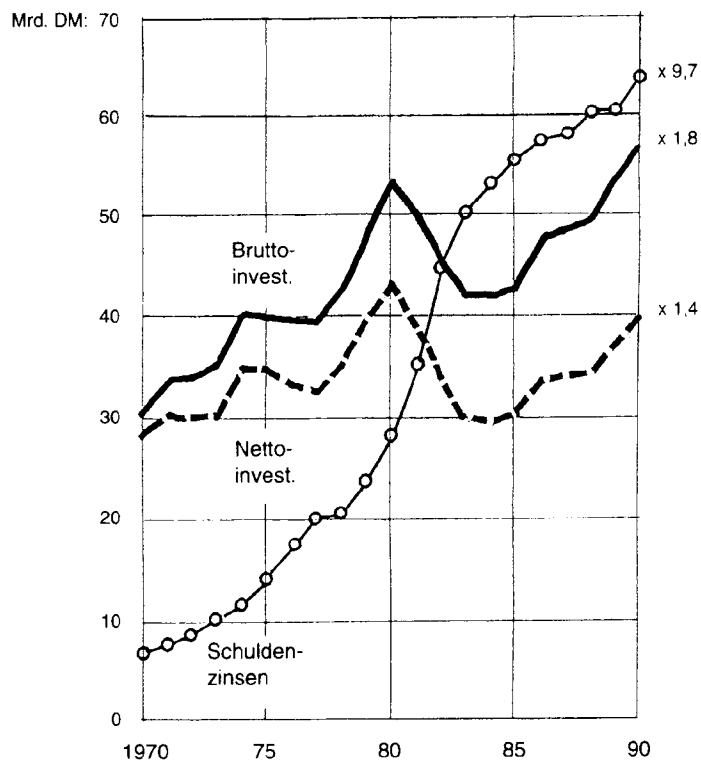


Abb. 57: (Quelle: Helmut Creutz: Das Geldsyndrom, S. 231).

Der Sozialstaat wird von der wachsenden Zinslast erdrückt.

Die wachsende Staatsverschuldung wird in den westlichen Industrieländern zu einem immer drängenderen Problem - von den Ländern des ehemaligen Ostblocks und von der Dritten Welt einmal ganz abgesehen. Die Bundesrepublik steht dabei im internationalen Vergleich noch relativ gut dar, oder besser gesagt: Es sieht in bezug auf die Staatsverschuldung nicht ganz so schlimm aus wie in anderen Ländern. Um nur einige Beispiele zu nennen (Quelle: Der Spiegel 37/1994, S. 160):

Öffentliche Verschuldung in Prozent des Brutto-Inlandproduktes:

Deutschland	48,5%
Frankreich	52,5%
USA	63,9%
Japan	74,7%
Schweden	83,0%

Dennoch ist auch bei uns - und mehr noch in anderen Ländern - spürbar, wie unter dem Druck wachsender Zinslasten des Staatshaushaltes die staatlichen Sozialprogramme immer mehr in die Zange geraten. Der Staat in einer "sozialen Marktwirtschaft" kann dem Anspruch eines Sozialstaats auf Dauer immer weniger gerecht werden, und die vom Zins entfaltete Dynamik hat wesentlichen Anteil daran. Der Versuch, zum Abtragen von Altschulden immer mehr Neuverschuldung zu betreiben, kann auf Dauer nicht gut gehen. Entweder treibt er direkt in eine sich beschleunigende Inflation mit der Endstation einer Währungsreform, oder es wird vorher ein Kurswechsel vollzogen in Richtung Sparpolitik, das heißt Einsparung von Haushaltsmittel. Und einer solchen Sparpolitik fallen vor allem diejenigen gesellschaftlichen Gruppen und sozialen Schichten zum Opfer, die eine schwache Lobby haben. Das sind häufig die sozial Schwachen.

Während also auf der einen Seite mit nachlassendem Wirtschaftswachstum und verschärfter Wirtschaftskrise die sozialen Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und Elend sich vergrößern, verfügt der Staat auf der anderen Seite über immer weniger Mittel, um dem wachsenden Problemdruck zu begegnen oder ihn abzumildern. Sowohl an der Hervortreibung der ökonomischen Krise als auch an der Verschärfung der sozialen Gegensätze als auch an der Eskalation der Staatsverschuldung ist der Zins wesentlich beteiligt. Und alle drei Tendenzen zusammen bewirken, daß der Sozialstaat - entgegen seinem Selbstverständnis und entgegen der Ideologie von der "sozialen Marktwirtschaft" - immer mehr unter die Räder kommt, immer mehr von der wachsenden Zinslast und den dadurch hervorgerufenen Krisen erdrückt wird. Wann sich die verschärften sozialen Konflikte schließlich gewaltsam entladen, ist dann nur noch eine Frage der Zeit - oder des auslösenden Funkens, der das Pulverfaß zur Explosion bringt. Bei wachsenden sozialen Spannungen wird die Gefahr gewaltsamer Entladung und der Eskalation von Gewalt und Gegengewalt jedenfalls immer größer. Und das Zinssystem hat daran einen wesentlichen Anteil.

Silvio Gesell warnte 1918:

Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufes der Millionen "Nie wieder Krieg", entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine, 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft bald zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen *und große* Heere von Arbeitslosen werden *auf der Straße* stehen. An vielen Grenzpfählen *wird* man dann eine *Tafel* mit der Aufschrift lesen können: "Arbeitsuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen". Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen; man hat dann wenigsten für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Quelle: Der Dritte Weg, 1994/1 S. 24

7.5.5 Der Zins und die Schuldenkrise der Dritten Welt

Globale Umverteilung von unten nach oben

Wenden wir uns schließlich noch der fünften Krisentendenz zu, die vom Zins hervorgerufen bzw. beschleunigt wird: der Schuldenkrise der Dritten Welt. Im Prinzip wirkt der gleiche Umverteilungsmechanismus von unten nach oben, wie er innerhalb der Industrieländer zum Tragen kommt, auch auf globaler Ebene: zwischen den ökonomisch und sozial schwachen Entwicklungsländern einerseits und den entwickelten Industrieländern andererseits. Die "Umverteilung von unten nach oben" ist hier sogar auch noch geographisch zu verstehen: Von der südlichen zur nördlichen Halbkugel der Erde - weil die Entwicklungsländer überwiegend im Süden und die Industrieländer überwiegend im Norden angesiedelt sind (*Abb. 58*).

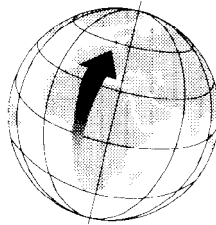


Abb. 58: Der Zins beschleunigt die globale Umverteilung von Süd nach Nord, das heißt die Verarmung der Dritten Welt.

Es wäre natürlich viel zu kurz gegriffen, wollte man das Elend der Dritten Welt allein dem Zinssystem anlasten. Dieses Elend und dessen Ausdruck in der eskalierenden Schuldenkrise hat tieferliegende Ursachen, vor allem im Wirken und Nachwirken des Kolonialismus und der durch ihn zerstörten ursprünglichen Strukturen - bzw. der durch ihn geschaffenen und hinterlassenen Strukturen innerhalb der Dritten Welt und im Verhältnis zur Ersten Welt. Wir wollen deswegen kurz über einige wesentliche historische und strukturelle Ursachen von Unterentwicklung reden, ehe wir uns mit der krisenverstärkenden Rolle des Zinses in diesem Zusammenhang auseinandersetzen.

Kolonialismus und gewaltsame Zerstörung traditioneller Strukturen

Der von Europa ausgehende Kolonialismus ist mit unbarmherziger Gewalt über große Teile der Welt hergefallen und hat sie brutal seinen Herrschaftsinteressen unterworfen. Er hat sich dabei nicht darauf beschränkt, mit fernen Ländern und Völkern Handel zu betreiben, sondern er hat die dort vorgefundenen traditionellen ökonomischen und sozialen Strukturen gewaltsam zerstört, um diese Ländern in mehrfacher Hinsicht abhängig und ausbeutbar zu

machen, und zwar als

- Siedlungsland für europäische Aussiedler
- Quelle billiger Arbeitskräfte (Sklavenhandel, Lohnarbeit)
- Quelle billiger Rohstoffe und Agrarprodukte
- Absatzmarkt für Industrieprodukte

Subsistenzwirtschaft und gemeinwirtschaftliches Leben

Für alle diese Zwecke waren die traditionellen Strukturen völlig ungeeignet. In vielen dieser Gebiete lebten die Menschen in Stammesgesellschaften oder anderen gemeinwirtschaftlichen Produktions- und Lebensformen, teilweise übrigens in einem liebevollen Verhältnis miteinander und mit der übrigen Natur. (In anderen Regionen gab es allerdings schon gewaltsame, patriarchalisch geprägte Strukturen).²⁶ Die Menschen lebten und arbeiteten zusammen in für sie übersichtlichen Gemeinschaften, sie nutzten gemeinschaftliche Produktionsmittel, das heißt vor allem das Land und die Werkzeuge, und das gemeinsam erstellte Produkt wurde nach bestimmten Regeln unter den Mitgliedern der Gemeinschaft aufgeteilt (*Abb. 59a*).

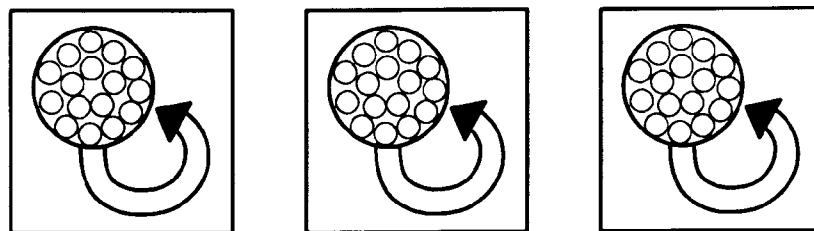


Abb. 59a: Das Nebeneinander von Gemeinschaften auf der Grundlage von Selbstversorgung. Die Kreise bezeichnen die Menschen, die Pfeilströme deuten die Produkte an.

Es handelte sich vielfach um ein System der gemeinschaftlichen Selbstversorgung, um eine "Subsistenzwirtschaft". Privateigentum an Produktionsmittel, z.B. am Boden, war den Menschen in diesen Kulturen völlig unbekannt. Darüber hinaus lebten sie vielfach noch in einem spirituellen Verhältnis zur Natur, die sie insgesamt als einen großen lebenden Organismus empfanden, den es zu pflegen und zu erhalten galt und von dem sie selbst nur ein Teil waren.²⁷ Die Produktion war nicht in erster Linie am Tausch oder gar an

²⁶ Wie es historisch zur Entstehung und Ausbreitung von Patriarchat und Gewalt gekommen ist, ist sehr eindrucksvoll herausgearbeitet worden von James DeMeo. Ein Kurzfassung seiner umfangreichen Forschungsarbeit findet sich in seinem Artikel "Entstehung und Ausbreitung des Patriarchats" in: *emotion* 10, Berlin 1992.

²⁷ Überreste dieser Lebensweisen gibt es bis heute - von der Zivilisation weitgehend

einem anonymen Markt orientiert, sondern im wesentlichen an dem, was die Gemeinschaft brauchte und aus den vorgefundenen lokalen Ressourcen sammeln, anbauen oder verarbeiten konnte. Der Handel, insbesondere der Fernhandel, war - wenn er überhaupt existierte - mehr eine Randerscheinung und in keiner Weise existentiell für die Lebensgrundlagen der Gemeinschaft.

Zusammenprall von Subsistenzwirtschaft und Kolonialismus

Warum waren diese Strukturen völlig ungeeignet für die Interessen des nach Wachstum und weltweiter Expansion drängenden Kapitalismus und Kolonialismus?

- Als Siedlungsland waren diese Gebiete um so ungeeigneter, je mehr andere Menschen dort lebten. Entweder mußten diese Menschen den eigenen Interessen gefügig gemacht, also in die Sklaverei oder Lohnarbeit getrieben werden, oder aber sie mußten umgesiedelt oder umgebracht werden.
- Als Quelle billiger Arbeitskraft waren sie ungeeignet, weil die in ihren sozialen Zusammenhängen verwurzelten Menschen überhaupt keinen Anlaß hatten, ihre Arbeitskraft an andere zu verkaufen.
- Als Quelle billiger Rohstoffe und Agrarprodukte waren sie ungeeignet, weil die Gemeinschaften in ihrer Selbstversorgung und Genügsamkeit gar kein ökonomisches Interesse am Verkauf von Waren hatten.
- In ihrem spirituellen Verhältnis zur Natur empfanden sie darüber hinaus den Raubbau von Bodenschätzen wie eine Vergewaltigung der Erde und als unmoralisch.
- Als Absatzmarkt für Industrieprodukte waren sie ungeeignet, weil sie in ihrer Selbstversorgung und Genügsamkeit kein Interesse am Import ausländischer Waren hatten.

Im Interesse der Kolonialmächte mußten also diese über Jahrhunderte oder über Jahrtausende in sich stabilen sozio-ökonomischen Strukturen zersetzt oder zerstört werden, um diese Länder und Völker für die Interesse des Kolonialismus gefügig zu machen. *Abb. 59b* stellt symbolisch dar, wie der Kolonialismus den Keil in diese Gesellschaften getrieben und sie gespalten hat.

Sklavenhandel, Völkermord und Errichtung feudaler Herrschaftsstrukturen

Die Geschichte des Kolonialismus wurde so zu einer Geschichte vielfachen Völkermordes, denen z.B. große Teile der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika, aber auch der Afrikaner (Sklavenhandel) zum Opfer fielen. Auch die Aborigines in Australien wurden Opfer des Kolonialismus. Das Land wurde den Eingeborenen entrissen und zum Privateigentum der Kolonisatoren erklärt.

unbeachtet und an den Rand gedrängt. Sehr eindrucksvoll wird dies dokumentiert in dem "Gaia-Atlas" (rororo aktuell 12988) von Julian Burger: Die Wächter der Erde - vom Leben sterbender Völker, Reinbek bei Hamburg 1991.

So entstand der private Großgrundbesitz in den Kolonien, und die eingeborene Bevölkerung wurde - sofern sie überlebte - auf dem Land in die Abhängigkeit vom Großgrundbesitz getrieben: In Pachtverhältnisse, die sie dazu zwangen, das Land zu bearbeiten und dabei einen Großteil der Erträge an die nunmehr herrschende Klasse der Großgrundbesitzer abzuliefern, und zwar zunehmend in Form von Geldabgaben. Menschen, die bis dahin gemeinschaftlich miteinander gearbeitet und gelebt hatten, wurden dadurch gezwungen, ihre Produkte am Markt zu verkaufen, dort als Konkurrenten gegeneinander aufzutreten und sich gegenseitig zu unterbieten. An die Stelle traditioneller, solidarischer Lebensweisen traten zunehmend Konkurrenz und Feindseligkeit, und die traditionellen sozialen Strukturen und Werte zerfielen. Auf diese Weise erlitten diese Völker nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen emotionalen und kulturellen Identitätsverlust.

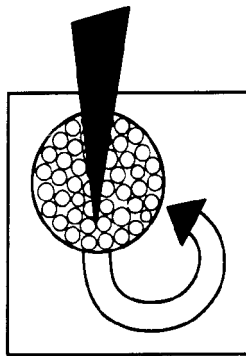


Abb. 59b Der Kolonialismus hat vielfach die traditionellen Strukturen der Subsistenzwirtschaft zerstört

Die Schaffung von Monokulturen

Von europäischen Interessen geleitete Handelskompanien, auf deren Nachfrage die Bauern angewiesen waren, diktierten ihnen mehr und mehr, was sie anzubauen hatten. Unter diesem Druck wurde die ursprünglich vielfältige Landwirtschaft dieser Länder in Monokulturen hineingetrieben: Das eine Land produzierte z.B. nur noch Kaffee, das andere Tee, das dritte Baumwolle usw., ganz auf den Bedarf der Kolonialmächte nach billigen Agrarprodukten ausgerichtet. In der Summe ergab sich aus der Sicht der Kolonialländer ein breites Sortiment von "Kolonialwaren", aber jedes einzelne Land war nur noch spezialisiert auf die Produktion ganz weniger Waren (im Extremfall einer einzigen Ware), und entsprechend existentiell abhängig war es von deren Absatz am Weltmarkt. Monokultur und Weltmarktabhängigkeit bilden insofern eine untrennbare Einheit. Entsprechendes gilt auch für die Ausbeutung der Rohstoffe. Nachdem der Boden der einheimischen Urbevölkerung entrissen und unter die Kontrolle der Kolonialmächte gebracht worden war, konnte der rücksichtslose

Raubbau an den natürlichen Ressourcen dieser Länder beginnen - sei es nun das Abholzen von Wäldern oder der Abbau von Bodenschätzen.

Industrielle Massenproduktion und Zerstörung des Handwerks

Die Verarbeitung der Rohstoffe erfolgte in den Industrieländern, und die dort in Massenproduktion gefertigten und dadurch vergleichsweise billigen Waren wurden zum Teil zurück in die Kolonien gebracht. Dort führten sie zu einer weitgehenden Zerstörung des einheimischen Handwerks, das mit den Industrieprodukten nicht mehr konkurrieren konnte und unterging - was weitere Flutwellen entwurzelter Menschen hervortrieb, die ihre Arbeitskraft zu Hungerlöhnen anboten - z.B. auf Plantagen, in Bergwerken oder Fabriken, die von ausländischem Kapital betrieben wurden.

Die Schuld des Nordens an der Verschuldung des Südens

Dies alles sind natürlich nur ganz kurze Andeutungen über die tieferen Ursachen von Unterentwicklung²⁸ aber ich finde es wichtig, sich diese historische Schuld bewußt zu machen, die Europa mit dem Kolonialismus auf sich geladen hat, bevor wir uns mit dem Zins und seinen Auswirkungen auf die Schuldenkrise der Dritten Welt beschäftigen. Der Kolonialismus hat tiefe Spuren in den davon betroffenen Teilen der Welt hinterlassen, die bis heute auf verheerende Art nachwirken und wesentliche Schuld an der Unterentwicklung vieler Entwicklungsländer tragen. Aber davon ist im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern vielfach kaum die Rede, sondern von einer hohen "Verschuldung", und das heißt doch auch: von einer großen "Schuld" der Dritten Welt. Welch entsetzliche Sprachverwirrung, die die Opfer als die Schuldigen erscheinen läßt - und dadurch die Täter von ihren Verbrechen reinwäscht!²⁹

Monokultur und Weltmarktabhängigkeit

Wie ist es zur Verschuldung der Dritten Welt gekommen? Nachdem die Länder zu Monokulturen gemacht worden waren, mußten sie viele Produkte, die sie

²⁸ An anderer Stelle habe ich ausführlicher über die Struktur und Dynamik von Unterentwicklung - und deren ideologischer Verschleierung durch die "Theorien der internationalen Arbeitsteilung" - geschrieben. Siehe hierzu Bernd Senf: Weltmarkt und Entwicklungsländer, FHW Berlin 1979.

²⁹ Der Kolonialismus ist Vergangenheit, und daran ist nichts mehr zu ändern. Aber immerhin wäre es heute noch möglich, die Schuld anzuerkennen in Form einer offiziellen Entschuldigung - und einer Entschuldung der Dritten Welt, d.h. eines Schuldenerlasses. Die Erste Welt schuldet der Dritten Welt ein umfang reiches Programm der "Wiedergutmachung" (obwohl damit die geschehenen Verbrechen niemals wieder gutgemacht, sondern nur deren Folgen gelindert werden können). Aber in bezug auf den Zins, der die entstandenen Probleme von Unterentwicklung verstärkt und zu einer ungeheuren Eskalation der Verschuldung der Dritten Welt geführt hat, trifft nicht einmal dieses "Argument" zu: Denn der Zins wirkt in der Gegenwart und - solange am Zinssystem nichts geändert wird - auch in Zukunft, und bewirkt auf stille Weise, was der Kolonialismus seinerzeit mit Mitteln der offenen Gewalt bewirkt hat: die Ausbeutung der Dritten Welt und die zunehmende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen.

vorher selbst hergestellt hatten oder die einen Ersatz dafür bildeten, aus den Industrieländern importieren: Industriell gefertigte Konsumgüter und Produktionsmittel, teilweise sogar Lebensmittel. Die Weltmarktpreise dieser Güter sind in den letzten vier Jahrzehnten aus verschiedenen Gründen, auf die ich hier nicht näher eingehen will, im Trend angestiegen. Und der Import dieser Güter (aus der Sicht der Entwicklungsländer) muß jeweils in Devisen, das heißt in ausländischer Währung bezahlt werden.

Die Verschlechterung der terms of trade

Um in den Besitz solcher Devisen zu kommen, mußten die Entwicklungsländer entsprechende Exporterlöse erzielen - aus dem Export ihrer Güter in die Industrieländer. Ihre Monokulturen machten sie extrem abhängig vom Export, führten zu gegenseitigem Unterbieten der Entwicklungsländer und zu einem langfristigen Absinken - bei gleichzeitig extremen Schwankungen - der Weltmarktpreise ihrer Exportgüter.³⁰ *Abb. 60* stellt diese Entwicklung des Verhältnisses von Exporterlösen zu Importaufwendungen aus der Sicht der Entwicklungsländer dar - ausgehend von einem Index von jeweils 100 Mitte der 50er Jahre. Dieses Verhältnis nennt man auch "terms of trade", und es hat sich für die Entwicklungsländer im Trend immer weiter verschlechtert. Es ergibt sich dadurch das Bild einer Schere, die sich immer weiter öffnet: das heißt eines immer größeren Defizits in der Handelsbilanz (als einem wesentlichen Teil der Zahlungsbilanz) dieser Länder. Die Abkürzung für "terms of trade", nämlich "tot", zeigt ungewollt, aber deutlich, wohin der Trend für die Entwicklungsländer führt und großenteils schon geführt hat: zu einem Massensterben in der Dritten Welt.

Zahlungsbilanzdefizit, Entwicklungshilfe und Auslandsverschuldung

Die wachsenden Zahlungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer machten sie zunehmend abhängig von "Entwicklungshilfe" von Seiten der Industrieländer, deren Schwerpunkte sich im Laufe der Jahrzehnte verlagert haben. Am Anfang standen vielfach noch staatliche oder private Schenkungen bzw. staatliche Kredite mit erheblichen Vergünstigungen (im Vergleich zu den Bedingungen am internationalen Kapitalmarkt) im Vordergrund. Aber die spätere Rückzahlung der Kredite hätte nicht nur Produktivitätssteigerung und Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer erfordert, sondern darüber hinaus auch noch eine verbesserte Weltmarktposition, das heißt einen Überschuß in der Handelsbilanz, also auch eine Umkehr in der Entwicklung der terms of trade. Aufgrund der produktivitätshemmenden inneren Strukturen dieser Länder und aufgrund der Preisentwicklungen am Weltmarkt ist es dazu aber nicht gekommen - im Gegenteil. Die Ölkrise in den 70er Jahren hat darüber hinaus die Zahlungsbilanz der Nicht-OPEC-Länder (die nach ihrer Ausrichtung auch auf westliche

³⁰ Eine Ausnahme bildete das Anfang der 70er Jahre gegründete Kartell der erdölexportierenden Länder (OPEC), das über lange Zeit eine deutliche Erhöhung des Rohölpreises am Weltmarkt durchsetzen konnte - wovon übrigens nicht nur die Industrieländer, sondern auch die anderen Entwicklungsländer - und diese besonders hart - getroffen wurden.

Technologie auf Ölimporte angewiesen waren) zusätzlich belastet.

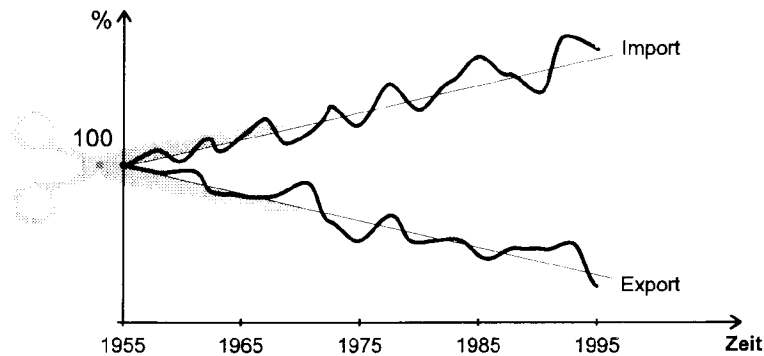


Abb. 60: Die Schere zwischen Importaufwendungen und Exportlösen der Dritten Welt hat sich immer weiter geöffnet.

Von staatlicher Entwicklungshilfe zu privaten Bankkrediten

Auf der anderen Seite war die Bereitschaft der westlichen Industrieländer zu staatlicher Entwicklungshilfe begrenzt, so daß für die Dritte Welt ein erheblicher zusätzlicher Kreditbedarf entstand - zur Deckung des wachsenden Defizits in der Handelsbilanz und zusätzlich zur Abtragung von Altschulden. In diese Lücke strömte mehr und mehr das private Bankkapital der Industrieländer, das im Zuge der Eskalation der Geldvermögen (zum Teil auch in Form des sog. Petro-Dollar aus den Gewinnen der OPEC-Länder) auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten war - allerdings zu kapitalmarktüblichen Konditionen ohne besondere Vergünstigung.

Die Zinsfalle der 80er Jahre

In einer Phase relativ niedriger Zinsen wurden den Entwicklungsländern in den 70er Jahren immer mehr private Bankkredite aus den westlichen Industrieländern gegeben - mit der Besonderheit variabler Zinssätze, die dem jeweiligen Zinsniveau am internationalen Kapitalmarkt angepaßt wurden. Als dann in den 80er Jahren als Folge der amerikanischen Hochzinspolitik (auf deren Hintergründe wir noch zu sprechen kommen werden) - die Zinsen auch international in unerwartet schwindelnde Höhen kletterten, saßen die Entwicklungsländer in der Zinsfalle. Es kam zu einer Explosion ihrer Zinslasten gegenüber den Industrieländern und zu einer immer weiteren Eskalation ihrer Auslandsverschuldung, und einzelne Länder stellten daraufhin sogar ihre Zinszahlungen ein, weil sie keinen anderen Ausweg mehr sahen.³¹

³¹ Da mit einer vollständigen Rückzahlung der Kredite einschließlich Zinsen nicht mehr annähernd gerechnet werden konnte, wurden die Forderungen der westlichen Geschäftsbanken entsprechend abgeschrieben und gewinnmindernd verbucht, was den Banken erhebliche

Der IWF und seine Auflagenpolitik

In dieser Situation, wo staatliche und private Auslandskredite immer weniger ausreichten, um den Kreditbedarf der Entwicklungsländer an Devisen zu decken, gewann der Internationale Währungsfond (IWF) als Kreditgeber für die Dritte Welt immer mehr an Bedeutung. Wir kommen später im noch im einzelnen darauf zu sprechen, daß der 1944 gegründete IWF ursprünglich ganz andere Aufgaben im Rahmen des westlichen Weltwährungssystems (des sog. Bretton-Woods-System) hatte. Aber mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 (auf dessen Ursachen wir noch ausführlich eingehen werden) wurde der IWF umgewidmet in eine internationale Finanzierungsorganisation für Entwicklungskredite. Seine Kredite schienen wie ein Rettungsanker für viele Entwicklungsländer zu sein, nachdem sie ihre Kreditwürdigkeit am internationalen Kapitalmarkt immer mehr verloren hatten und dringend auf weitere Kredite angewiesen waren. Die Kredite des IWF wurden und werden allerdings nur unter strengsten Auflagen vergeben. Dazu gehören vor allem

- Abbau der Staatsverschuldung
- Kürzungen der Sozialausgaben
- Drosselung der Geldschöpfung zwecks Inflationsbekämpfung
- Förderung privater, insbesondere ausländischer Investitionen, vor allem von Großprojekten.

Den Entwicklungsländern blieb in ihrer Notlage und Abhängigkeit gar nichts anderes übrig, als sich den Auflagen des IWF zu unterwerfen. Das Resultat dieser Art von Politik war regelmäßig eine enorme Verschärfung der ohnehin angespannten ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisensituation. Der scheinbare Rettungsanker der IWF-Kredite entpuppte sich zunehmend als eine Angel mit Widerhaken, an der die Entwicklungsländer immer mehr zugrunde gehen.

Eskalation von Verschuldung und Gewalt in der Dritten Welt

Es sollte deutlich geworden sein, daß der Zins nicht die einzige Ursache von Unterentwicklung und Schuldenkrise der Dritten Welt ist, aber seine Dynamik (die auch hier wieder das exponentielle Wachstum hervortreibt) hat diese Krise enorm verstärkt - und wird sie weiter eskalieren lassen. Inzwischen jedenfalls betragen die Zinszahlungen der Entwicklungsländer an die

Steuerersparnisse einbrachte. Das bedeutete, daß die eingetretenen Verluste teilweise auf die Steuerzahler abgewälzt wurden. Die Forderungen der Banken gegenüber den Entwicklungsländern wurden schließlich am internationalen Kapitalmarkt mit hohen Abschlägen (bis auf 30 oder 40 % ihres Nennwertes) an andere abgetreten und gehandelt wie Wertpapiere, deren Kurse abgestürzt sind. - Zu den Käufern solcher Forderungen gehörten u. a. multinationale Konzerne, die nun ihrerseits die Forderungen wenn schon nicht in Devisen, so doch mindestens in der Währung des Entwicklungslandes eintrieben und damit z.B. Grund und Boden dieses Landes aufkauften - ein zunehmender Ausverkauf der Dritten Welt an multinationale Konzerne, und dies zu Spottpreisen.

Industrieländer ein Vielfaches dessen, was an rückzahlungsfreier Entwicklungshilfe in die Dritte Welt fließt. Der arme Süden leistet unfreiwillig Entwicklungshilfe an den reichen Norden, und die globale Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Der Zinssatz wirkt also auch global, im Nord-Süd-Konflikt, wie ein sozialer Sprengsatz. Besser gesagt: Nicht wie einer, sondern wie Hunderte, von denen einige bereits gezündet haben. Und die sozialen Explosionen in der Dritten Welt werden immer entsetzlicher und unüberhörbarer.

7.5.6 Der Zins als unzuverlässiges Mittel der Geldumlaufsicherung

Der Zins ist aber nicht nur ein in vieler Hinsicht destruktives Mittel der Umlaufsicherung, er ist dazu auch noch ein unzuverlässiges Mittel. Denn in bestimmten Phasen wirtschaftlicher Entwicklung schafft er es immer weniger, das gesparte Geld auf den Kapitalmarkt zu locken und damit wieder in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf hineinzuziehen, um es als Kredit und Nachfrage nach Gütern weiterfließen zu lassen. Diese These soll im folgenden untermauert werden:

Man kann davon ausgehen, daß bei wachsendem Sozialprodukt und entsprechend wachsendem Volkseinkommen die Konsumausgaben zwar ansteigen, aber weniger stark als das Volkseinkommen selbst. Anders ausgedrückt: Mit wachsendem Volkseinkommen bleibt ein immer größerer Prozentsatz an Geldern übrig, die nicht konsumiert, also gespart werden (wachsende Sparquote) und damit zunächst einmal eine Lücke in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf reißen (dargestellt in *Abb. 61a und b*). Damit aber kein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall entsteht, müßte diese Lücke durch entsprechende Investitionen wieder aufgefüllt werden.

Das würde bedeuten: In einer wachsenden Wirtschaft müßte das Investitionsvolumen nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum Sozialprodukt immer weiter anwachsen, damit es nicht zu gesamtwirtschaftlichen Kreislaufstörungen kommt - mit der Folge allgemeiner Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Die Erfahrungen haben aber immer wieder gezeigt, daß Investitionen nicht einfach beliebig gesteigert werden können, ohne daß dies auf ihre Rendite drückt. Das ist auch verständlich: Denn Investitionen bedeuten nicht nur zusätzliche Nachfrage in der Gegenwart, sondern schaffen auch zusätzliche Produktionskapazitäten und zusätzlichen Güterausstoß in der Zukunft. Jedes Unternehmen erhofft sich zwar von den Investitionen einen Vorsprung vor den anderen, aber in der Summe aller Unternehmen können durch diesen Wettlauf Überkapazitäten entstehen, und der wachsende Güterausstoß läßt sich in Zukunft nicht mehr zu den erhofften Bedingungen absetzen.

Dies wäre einer von mehreren Gründen dafür, daß eine wachsende Investitionsquote (das heißt ein wachsender Prozentsatz der Investitionen, gemessen am Sozialprodukt) im Durchschnitt zu einer sinkenden Rendite der Investitionen führt. Keynes sprach in diesem Zusammenhang - etwas umständlich - von einer "abnehmenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals". Bei Marx taucht ein ähnlicher Gedanke - wenn auch anders begründet - unter dem Begriff "tendenzieller Fall der Profitrate" auf. Auch Gesell ging von einer abnehmenden

Rendite bei gesamtwirtschaftlich wachsendem Investitionsvolumen aus.

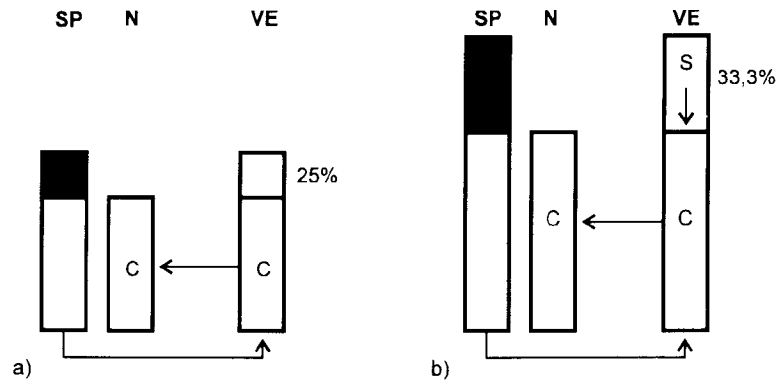


Abb. 61a und b: Wachsendes Sozialprodukt bringt wachsende Sparquote und macht wachsende Investitionen erforderlich.

In einem Geldsystem, in dem das Geld in eine öffentliche und eine private Funktion gespalten ist (in dem es also nicht nur als Tauschmittel verwendet wird, sondern auch aus privaten Interessen gehortet werden kann), hat eine langfristig absinkende Rendite der Investitionen fatale Folgen: Investitionen mit einer Rendite unterhalb des Kreditzinses am Kapitalmarkt müssen unterbleiben, weil sie den zu zahlenden Zins nicht erwirtschaften können. Das führt dazu, daß die Kreditnachfrage von Seiten der Unternehmen am Kapitalmarkt zurückgeht und der Kreditzins entsprechend sinkt. Die Banken werden daraufhin den Geldanlegern weniger Sparzinsen zahlen - jedenfalls für neu vereinbarte Geldanlagen.

Je mehr der Sparzins absinkt, um so weniger erscheint es den Besitzern überflüssigen Geldes attraktiv, ihr Geld fest anzulegen. Die früher erwähnten Vorteile des Hortens, z.B. für Spekulationszwecke, werden durch einen niedrigen Zins einfach nicht mehr aufgewogen. Also behalten die Besitzer überflüssigen Geldes das Geld lieber zurück, anstatt es am Kapitalmarkt anzulegen und sich dadurch die vielfältigen Möglichkeiten von Spekulationsgewinnen entgehen zu lassen. Unterhalb eines bestimmten Mindestsatzes fließt so gut wie kein Geld mehr auf den Kapitalmarkt. Es existiert eine Tendenz, daß bei sinkendem Zins immer mehr Spargelder gehortet anstatt fest angelegt werden. Je mehr es dazu kommt, um so größer wird die Lücke im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf, um so mehr entstehen gesamtwirtschaftliche Kreislaufstörungen, die sich zuspitzen können zu einem Kreislaufkollaps mit Rezession und Massenarbeitslosigkeit.

Wenn dem Geldkapital der Zins nicht attraktiv genug ist, um die Vorteile des Hortens aufzuwiegen, tritt es einfach in den "Geldstreik" (Gesell), entzieht sich dem Kapitalmarkt und treibt auf diese Weise die Wirtschaft in eine Krise. Eine solche Krise brauchte nicht auszubrechen, wenn der Umlauf des Geldes auf andere Weise gesichert würde. Unter den gegebenen Bedingungen dagegen hat es das Geldkapital in der Hand, die übrige Wirtschaft (und natürlich auch die Politik) unter Druck zu setzen und Entwicklungen bzw. Maßnahmen zu

erzwingen, die auf einen Wiederanstieg der Rendite hinwirken (bis sie wieder hinreichend attraktiv für Geldanlagen ist): zum Beispiel durch staatliche oder staatlich geförderte Investitionsprogramme, und sei es auch für noch so sinnlose oder gar destruktive Produktion, etwa im Bereich von Rüstung und Atomkraftwerken. Die sinnloseste Produktion hat aus dieser Sicht betrachtet noch ihren relativen Sinn: nämlich die Sicherung eines hinreichenden Zinses für Geldanlagen und die Verhinderung eines gesamtwirtschaftlichen Kreislaufkollapses. Die Erfahrung zeigt, daß die Untergrenze für den Zins am Kapitalmarkt bei etwa 6% liegt.

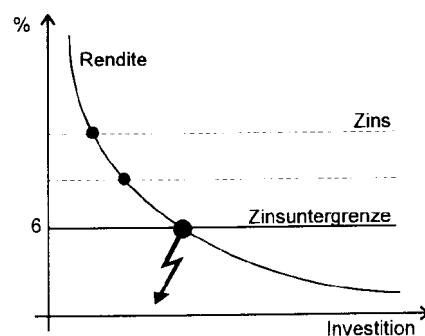


Abb. 62: Wachsende Investitionen bringen sinkende Rendite. Fällt die Rendite unter den Zins, kommt es zur Krise.

Abb. 62 stellt das Ergebnis dieser Überlegungen noch einmal symbolisch dar. Die Kurve zeigt die abnehmende Rendite bei zunehmendem Investitionsvolumen (als Folge einer wachsenden Wirtschaft). Fällt die Rendite unter den Kapitalmarktzins, unterbleiben die entsprechenden Investitionen, mit der Folge einer gesamtwirtschaftlichen Krise (angedeutet durch den Blitz).

In Abb. 63a und b wird noch einmal grafisch dargestellt, wie bei sinkendem Zins ein wachsender Teil der gesamtwirtschaftlichen Sparsumme S dem Kapitalmarkt entzogen und stattdessen gehortet (H) wird. Volkswirtschaftliches Sparen (also das, was nach dem Konsum vom Volkseinkommen übrig bleibt) ist also nicht identisch mit dem Kreditangebot ($Kr-A$) am Kapitalmarkt (wie das im neoklassischen Modell vom Zinsmechanismus immer wieder fälschlicherweise unterstellt wird). Je niedriger der Zins, um so mehr weichen beide Größen voneinander ab, um so größer wird die durch das Horten hervorgerufene Lücke im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf - und um so stärker die dadurch hervorgerufenen Krisentendenzen. (Der Einfachheit halber ist in dieser Grafik das Sparen als eine konstante Größe - unabhängig von der Höhe des Zinses - angenommen.)

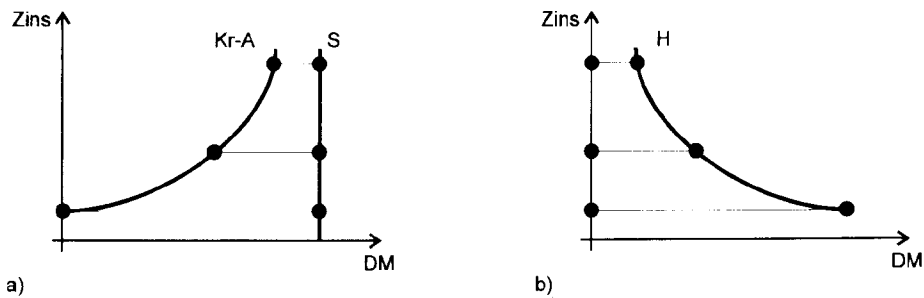


Abb. 63a und b: Mit sinkendem Zins wird von der gesamtwirtschaftlichen Sparsumme ein immer größerer Teil gehortet — und vermindert entsprechend das Kreditangebot.

7.5.7 Mögliche Alternativen zum Zinssystem

Zinsverbot im Christentum und im Islam

Angesichts der vielfältigen Problematik des Zinssystems drängt sich natürlich die Frage auf, ob es zum Zins überhaupt irgendwelche Alternativen geben kann oder ob er einfach abgeschafft werden sollte. Sogar große Religionsstifter wie Christus und Mohammed haben ein Zinsverbot gefordert und das Zinsnehmen als unmoralisch abgelehnt. Dadurch, daß den Christen lange Zeit das Zinsnehmen verboten war und den Juden andererseits der Zugang zu den meisten Berufen und Gewerben versperrt war, wurden die Juden vielfach in Geldgeschäfte abgedrängt und schließlich ganz mit ihnen identifiziert.

Der Mißbrauch der Zinskritik im Faschismus

Der Faschismus machte sich übrigens diese Verbindung von Juden und Geldkapital ideologisch zunutze, um die Stimmung im Volk gegen die Juden aufzuhetzen. Eine seiner vielen massenpsychologisch wirksamen Parolen in diesem Zusammenhang hieß "die Brechung der Zinsknechtschaft". Aber dem Faschismus ging es nicht wirklich um die Überwindung des Zinssystems (an dem er nichts verändert hat), sondern um die Enteignung und Vernichtung der Juden. Ansonsten hat sich der Nationalsozialismus mit dem großen Kapital bestens arrangiert - und umgekehrt.

Die Forderungen nach Überwindung des Zinssystems, wie sie Gesell schon zu Beginn des Jahrhunderts und verstärkt während und nach dem Ersten Weltkrieg formuliert hatte, zielten in eine ganz andere Richtung, und ich halte es für abwegig, sie in die Nähe faschistischen Gedankengutes zu rücken (wie dies teilweise geschehen ist).³²

³² Größtes Unbehagen ist auf einige Gedanken von Gesell angebracht, soweit sie sich auf eine von ihm damals allerdings in bezug an "gestrebte Hochzucht" der Menschheit beziehen (auch wenn der Inhalt des Begriffs nicht gleich zu setzen ist mit der faschistischen Rassentheorie). Sie sollten aber kein Anlaß sein, seine richtungweisenden Erkenntnisse zur Zinsproblematik abzuwehren. Zu den in den letzten Jahren sich häufenden Versuchen, Silvio Gesell und die Zinskritik in eine faschistische Ecke zu drängen, siehe ausführlich Werner Onken: Silvio Gesells kritische Distanz zum Rechtsextremismus in der Weimarer Republik, in:

Das Zinsverbot allein reicht nicht aus

Während die christlichen Kirchen an vielen Geboten und Verboten festhielten, obwohl diese immer wieder mißachtet worden waren, haben sie das ursprüngliche Zinsverbot längst aufgehoben. Das Verbot allein konnte die damit zusammenhängenden Mißstände in keiner Weise unterbinden, weil es immer wieder unterlaufen wurde. Und vielleicht waren die Interessen der Kirchen an der Vermehrung ihres eigenen Geldvermögens schließlich so groß, daß sie das Zinsverbot aufhoben. Wenn erst einmal das Interesse an der bloßen Geldvermehrung die Menschen ergriffen hat und stärker wirkt als gesetzliche oder moralische Verbote, reicht das Zinsverbot allein auch gar nicht aus. Es würde nur zu Stockungen des Geldkreislaufs und zu Wirtschaftskrisen führen.

Die Schaffung einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes

Wenden wird uns also der Frage zu, welche Alternativen es zum Zinssystem geben könnte. Wenn der Zins seine logische und historische Ursache in der widersprüchlichen Funktion des Geldes hat, dann müßte doch die Veränderung an diesem Punkte ansetzen, dann müßte sozusagen der Boden, auf dem der Zins gedeihen kann, ausgetrocknet werden. Wie könnte also ein Geldsystem aussehen, in dem das Geld aus seiner widersprüchlichen Funktion herausgelöst ist und ausschließlich die Funktion als allgemeines Tauschmittel, das heißt als fließendes Geld erfüllt? Die erste Voraussetzung dafür wäre, anstelle des in vieler Hinsicht problematischen Zinses eine andere - und zuverlässigere - Umlaufsicherung des Geldes einzuführen, um das Geld in einem kontinuierlichen Fluß zu halten und auf diese Weise auch den kontinuierlichen Fluß der Waren zu ermöglichen. Die Überlegenheit des Geldes gegenüber den Waren (und damit die Überlegenheit der Geldbesitzer über die Warenbesitzer) müßte abgebaut werden.

Wenn die Überlegenheit darin begründet ist, daß das Geld unverderblich ist und ohne Lagerkosten zurückgehalten werden kann, so müßte die Umlaufsicherung genau an diesem Unterschied ansetzen: Sie müßte das Zurückhalten von Geld mit den gleichen Kosten belasten, wie für die Zurückhaltung und Lagerung von Waren entstehen. Das Geld müßte sozusagen ähnlich verderblich gemacht werden wie die Waren - aber nicht über eine Inflation!

Inflation als ungeeignetes Mittel der Umlaufsicherung

Durch eine Inflation würde das Geld mit der Zeit zwar auch entwertet, aber die Entwertung würde nicht nur die Besitzer überflüssigen Geldes treffen, sofern sie ihr Geld horten, sondern die gesamte Wirtschaft (auf jeden Fall

Zeitschrift für Sozialökonomie, 106. Folge, September 1995.

alle Bezieher fester Einkommen). Die Funktion des Geldes auch als Tauschmittel würde durch eine Inflation immer mehr unterhöhlt. Die Inflation ist also ein völlig ungeeignetes Mittel, um das zurückgehaltene Geld wieder in den Kreislauf zu treiben. Denn sie verdirbt auch das fließende Geld, und nicht nur das zurückgehaltene. Im übrigen treibt sie das Zinsniveau in die Höhe, weil sich die Geldkapitalbesitzer über einen erhöhten Zinssatz einen Inflationsausgleich sichern wollen. Und Zinserhöhungen verschärfen die Problematik, die ohnehin im Zins angelegt ist, noch um ein Vielfaches.

Umlaufsicherungsgebühr auf zurückgehaltenes Geld

Es müßte also eine Umlaufsicherung gefunden werden, die nur am zurückgehaltenen Geld ansetzt und nur dieses trifft und belastet - und dadurch in den Wirtschaftskreislauf treibt und nachfragewirksam werden läßt (sei es als zusätzliche Konsumnachfrage oder als Anlage auf dem Kapitalmarkt, die in Form von Krediten weiterfließt). Nennen wir diese Gebühr "Umlaufsicherungsgebühr auf zurückgehaltenes Geld". Die Einnahmen aus dieser Gebühr sollten dem öffentlichen Haushalt zufließen, aber der Sinn der Gebühr wäre nicht, möglichst viele Einnahmen zu erzielen, sondern dem Horten entgegenzuwirken.

Von einer solchen Gebühr erhofft sich die von Gesell begründete "Freiwirtschaftslehre", daß das Geld nicht mehr zurückgehalten wird, auch wenn der Zins unter die bisherige Untergrenze sinkt. Um der Umlaufsicherungsgebühr zu entgehen, würde das Geld auch bei niedrigen Zinsen in den Kreislauf zurückfließen, und eine sonst eintretende gesamtwirtschaftliche Kreislaufstörung würde vermieden. Indem Produktion und Investition ohne Unterbrechung und ohne Einbrüche fortgesetzt werden könnten, würde sich das Realkapital, z.B. in Form von Fabriken und Mietshäusern, weiter erhöhen.

Umlaufsicherung, wachsende Realkapitalbildung und Zinssenkung

Das dadurch wachsende Angebot an Waren bzw. an Wohnungen würde auf die Preise und auf die Rendite dieser Kapitalanlagen drücken, und entsprechend würden weitere Kredite nur noch nachgefragt, wenn sie billiger würden. Die Geldkapitalbesitzer, die aufgrund der Umlaufsicherungsgebühr ihr Geld nicht mehr beliebig zurückhalten könnten, müßten sich dann wohl oder übel auf sinkende Zinsen einlassen. Auf diese Weise würde der Zinssatz auf Geldanlagen langfristig immer weiter absinken und sich schließlich gegen Null bewegen.

Dennoch sollte die Umlaufsicherungsgebühr dafür sorgen, daß überflüssiges Geld auf den Kapitalmarkt fließt und der Wirtschaftskreislauf geschlossen bleibt. Mit dem allmählichen Absinken des Zinses würden auch dessen problematische Folgen mehr und mehr abgebaut, und die Wirtschaft könnte sich in Richtung einer weitgehend störungsfreien Selbstregulierung entwickeln. Hierzu bedarf es also keines Zinsverbots, sondern die Umlaufsicherungsgebühr würde den Zins nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage am Kapitalmarkt allmählich absinken lassen und die von ihm hervorgerufenen Krisensymptome allmählich

abschwächen.

Sind die Grundsätze der Einführung einer Umlaufsicherungsgebühr erst einmal klar, dann gilt es in einem zweiten Schritt, die technischen Möglichkeiten hierfür durchzuspielen und praktikable und wirksame Formen dafür zu finden. Auf die technischen Details möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen, sondern es bei einigen Andeutungen belassen. Man kann aber generell davon ausgehen: Wo ein ernsthafter politischer Wille vorhanden ist, sollte es auch an einer geeigneten technischen Ausgestaltung nicht mangeln.

Das "Freigeld"-Experiment von Wörgl

Einen entsprechenden politischen Willen hat es Anfang der 30er Jahre in der österreichischen Kleinstadt Wörgl am Inn gegeben, wo man offiziell in regional begrenztem Rahmen ein neues Geld mit Umlaufsicherungsgebühr eingeführt hat. Den Hintergrund bildete die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit. Dem zugrunde lag seinerzeit in Deutschland und Österreich eine Deflationspolitik der Zentralbanken, das heißt eine Verknappung der Geldmenge, die den schwindenden Goldreserven angepaßt wurde. (Zu den massiven Goldabflüssen war es im Gefolge der Bankenkrise in den USA und der Kündigung amerikanischer Kredite an Deutschland und Österreich gekommen.) Durch die Geldverknappung war der Geldfluß ins Stocken geraten, und mit ihm der Fluß der Waren, so daß immer mehr Unternehmen zusammenbrachen. Die verfehlte Deflationspolitik der Zentralbanken und der damaligen Regierungen hatte die Wirtschaft regelrecht abgewürgt und tief in die Krise gestürzt.

In dieser Situation entschloß sich 1932 die Gemeinde Wörgl zur Einführung eines alternativen Geldes mit Umlaufsicherung, um auf diese Weise den Geld- und Warenfluß in ihrer Region wieder anzuregen. Dieses fließende Geld - weitgehend befreit vom Zins und deshalb auch "Freigeld" genannt - wurde an alle Beschäftigten der Gemeindeverwaltung ausbezahlt. Außerdem beteiligten sich etliche ortsansässige Firmen an diesem Experiment, und viele der örtlichen Läden nahmen dieses Geld als Zahlungsmittel an. So erreichte dieses Geld in kurzer Zeit einen hohen Grad an Akzeptanz, wurde zu einer Art allgemeinem Zahlungsmittel. Die weiter bestehende offizielle österreichische Währung wurde in dieser Region mehr und mehr durch das "Freigeld" ersetzt. Für das ausgegebene Freigeld wurde jeweils ein entsprechender Betrag österreichischer Schillinge eingezogen und hinterlegt. Schon in wenigen Monaten zeigten sich verblüffende Wirkungen dieses Freigeld-Experiments: Während überall die Massenarbeitslosigkeit weiterhin dramatisch anstieg, ging sie in Wörgl innerhalb eines Jahres um 25% zurück. Das Wirtschaftsleben, das bis dahin weitgehend gelähmt war, blühte wieder auf, und das soziale Elend begann sich deutlich zu vermindern. Die Menschen hatten wieder berechnete Hoffnung, daß es wirtschaftlich wieder bergauf ging.

Die praktische Durchführung der Umlaufsicherung sah damals wie folgt aus: Auf jedem Geldschein waren 12 Felder, jedes stellvertretend für einen Monat des Jahres. Nach Ablauf eines Monats behielt der Geldschein nur dann seinen Wert

von 100 und wurde nur dann akzeptiert, wenn eine Wertmarke von 1% des Nennwerts auf das entsprechende Feld geklebt wurde. Wer einen Geldschein also zwölf Monate zurückhielt, konnte ihn nur wieder in Umlauf bringen, wenn alle 12 Felder mit Wertmarken beklebt wurden. Das Zurückhalten von 100 Schillingen für die Dauer von 12 Monaten kostete also eine Gebühr von 12 Schillingen, also 12% (Abb. 64).

Je schneller man das Geld wieder in Umlauf brachte, um so eher konnte man der Gebühr entgehen. Mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit war es offenbar gelungen, der Bevölkerung das Grundprinzip verständlich zu machen, und die meisten hielten sich an die vereinbarten Spielregeln. Die Wertmarken waren bei öffentlichen Ämtern und Ausgabestellen zu kaufen, und die entsprechenden Einnahmen flossen in die Gemeindekasse.



Abb. 64: Freigeldschein in Wörgl, 1932.

Die Geldblockierung wird gelöst

Die Folge dieser Regelung war, daß eingenommenes Geld nicht mehr länger zurückgehalten, sondern schnell weitergegeben wurde. Man könnte nun annehmen, daß durch den beschleunigten Geldumlauf eine Inflation entstehen müßte. Aber das ist nicht der Fall: Denn jeder kann nur so viel Geld wieder ausgeben, wie er auf der anderen Seite z.B. durch Arbeit und durch Produktion, also durch die Schaffung realer Werte, verdient hat. Dem so wieder verausgabten Geld stehen also auf der anderen Seite immer auch entsprechende Waren gegenüber, die nur darauf warten, abgesetzt zu werden. Was also durch die Umlaufsicherung geschieht, ist lediglich eine Lösung der Geldblockierung, nicht aber ein grenzenloses Überfluten des Kreislaufs mit Geld.

Der Kreislauf kann allenfalls dann überflutet werden, wenn das Geld - wie in den vorherrschenden Geldsystemen - lange Zeit und in großen Mengen gehortet wird, das heißt sich immer mehr Geld aufstaut, und dann aus irgendwelchen spekulativen Gründen plötzlich in den Kreislauf zurückfließt (z.B. aus Anlaß von

Währungsspekulationen). Dann ist es tatsächlich so, als würden Dämme brechen. Wenn ein richtiger Staudamm bricht, so führt das zu großen Verwüstungen. Wäre der Bach dagegen gar nicht erst zu einem großen See aufgestaut, sondern in seinem natürlichen Fließen belassen worden, so hätte es auch nicht zu einer Überflutung kommen können. Ganz ähnlich ist es mit dem Geldfluß: Das Aufstauen des Geldes durch spekulatives Horten und die schlagartige Überflutung des Geldkreislaufs durch Enthorten schaffen erst die Probleme und Instabilitäten, die bei kontinuierlichem Fluß des Geldes gar nicht entstehen können.

Wörgl - Die Zerschlagung einer konkreten Utopie

Das Freigeld-Experiment von Wörgl ist übrigens nicht beendet worden, weil es gescheitert wäre, sondern umgekehrt: weil es zu erfolgreich war! Die unglaublich belebenden Wirkungen auf die Wirtschaft im Raum Wörgl hatten ein wachsendes Interesse an diesem Modellversuch geweckt - sogar weit über die Grenzen Österreichs hinaus. Aus aller Welt kamen Menschen, die sich mit den Ursachen des "Wunders von Wörgl" näher vertraut machen wollten. Allein in Österreich soll es über hundert Gemeinden gegeben haben, die ein ähnliches alternatives Geldsystem mit Umlaufsicherung einführen wollten. Diese Entwicklung bildete den Hintergrund dafür, daß die österreichische Zentralbank die Notbremse zog und sich in einem Prozeß gegen die Gemeinde Wörgl auf ihr Monopol in Sachen Geldversorgung berief - und Recht bekam.

Damit war ein hoffnungsvolles Experiment, die konkrete Utopie eines zinslosen Geldsystems - von den Gegenkräften zerschlagen worden. Derartige Rückschläge ändern aber nichts daran, daß es wichtig ist, alternative Visionen einer lebenspositiven Zukunft immer wieder lebendig zu halten, weiterzuentwickeln und zu verbreiten - und die Erinnerungen an historische Vorbilder zu wecken, wenn sie allzusehr in Vergessenheit geraten sind. Innerhalb der freiwirtschaftlichen Bewegung ist das FreigeldExperiment von Wörgl natürlich allgemein bekannt, aber außerhalb von ihr hat es sich in heutiger Zeit noch viel zu wenig herumgesprochen. Dabei könnte die Aufarbeitung dieses Modells und anderer Modellversuche zu alternativen Geld- und Tauschsystemen wichtige Anregungen geben für entsprechende Versuche in der heutigen Zeit.³³

Elektronisches Geld mit Umlaufsicherung?

Für eine ganze Volkswirtschaft und in der heutigen Zeit müßte die technische Ausgestaltung der Umlaufsicherung vermutlich anders aussehen als seinerzeit in Wörgl. Wenn man bedenkt, daß schon jetzt ein wachsender Teil der Zahlungsvorgänge bargeldlos abgewickelt wird (über Scheck, Überweisung, Kreditkarte, Telefonkarte usw.) und daß dieser Anteil noch wachsen wird, wäre

³³ Näheres hierzu siehe Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation, Teil 2. Einen sehr guten Einstieg in die Problematik des Geld- und Zinssystems sowie in alternative Geld- und Tauschsysteme bietet eine 8-teilige Sendereihe des ORF "Geld frißt Welt" von Helmut Waldert (1995), zu beziehen über den ORF, Argentinierstr. 30A, A-1041 Wien.

längerfristig an eine automatische elektronische Abbuchung der Umlaufsicherungsgebühr zu denken. Bei jeder Eingabe einer Kreditkarte oder eines elektronisch aufgeladenen Plastikgeldes in einen entsprechenden Automaten (in den Kaufhäusern, Supermärkten, Restaurants, Tankstellen, Banken, öffentlichen Telefonen, öffentlichen Verkehrsmitteln usw.) könnte jedesmal elektronisch der entsprechende Betrag errechnet und abgebucht werden, der für die zeitweilige Nichtverwendung des Geldes anfällt. Die Computer der Banken machen es ja heute schon so, daß sie für jeden Tag die entsprechenden Zinsen für die Überziehung eines Kontos automatisch verbuchen und am Monatsende eine entsprechende Abrechnung schicken. Warum sollte nicht etwas Entsprechendes möglich sein für das auf dem Girokonto zurückgehaltene, nicht weitergeflossene Geld? Mit dem Unterschied, daß die entsprechenden Gebühren in diesem Fall nicht den Banken, sondern dem öffentlichen Haushalt zufließen würden. Wer diese Umlaufsicherungsgebühr weitestgehend vermeiden will, brauchte nur sein Geld von seinem Girokonto auf sein Sparkonto zu übertragen, wo es von der Gebühr unbelastet wäre - und von wo aus es als Kredit weiterfließen könnte an andere Wirtschaftsteilnehmer, die auf den Geldfluß angewiesen sind.

Mindestens also für die bargeldlosen Zahlungen könnte das "elektronische Geld" ohne technische Schwierigkeiten mit einer Umlaufsicherungsgebühr ausgestattet werden - wenn man es politisch will. Und für das noch verbleibende Bargeld ließen sich auch noch technisch praktikable und wirksame Wege finden - und sei es auch nur für die großen Scheine. (In kleinen Scheinen oder gar in Münzen werden größere Geldsummen sowieso nicht gehortet, und kleine gehortete Beträge bringen keine größeren Störungen in den Wirtschaftskreislauf.)

7.6 Kritik und offene Fragen zur Freiwirtschaftslehre

Die Einführung einer neuen Geldordnung mit Umlaufsicherungsgebühr würde sicherlich eine Fülle von Fragen aufwerfen, über die in der Freiwirtschaftslehre bzw. in der freiwirtschaftlichen Bewegung leider allzu oft hinweggegangen wird.

Unterschätzung der zu erwartenden Widerstände

Im Untertitel zum Buch von Margrit Kennedy (Geld ohne Zinsen und Inflation) heißt es z.B.: "Ein Tauschmittel, das jedem dient". Mit solchen Formulierungen werden natürlich falsche Illusionen geweckt. Es hört sich so an, als müßten sich eigentlich alle Teile der Gesellschaft für eine solche neue Geldordnung aussprechen, wenn sie sich erst einmal mit den Zusammenhängen vertraut gemacht haben. Aber es führt kein Weg daran vorbei, daß diejenigen zehn Prozent, die heute mehr oder weniger vom Zinssystem profitieren, in einem zinslosen Geldsystem auf einen weiteren zinsbedingten Zuwachs ihrer Geldvermögen verzichten müßten.

Natürlich kann man den Standpunkt vertreten, daß diese Schichten ohnehin

schon mehr als genug besitzen. Aber die wenigsten von ihnen werden gewillt sein, ihre bisherigen Privilegien kampflos aufzugeben. Stattdessen werden sie vermutlich alle ihnen zur Verfügung stehenden Hebel der Macht (einschließlich der entsprechenden Massenmedien und dem Einfluß auf die Politik) in Bewegung setzen, um eine entsprechende Veränderung des Geldsystems zu verhindern. Im übrigen muß man nicht nur mit dem erbitterten Widerstand dieser zehn Prozent rechnen, die tatsächlich vom Zinssystem profitieren, sondern auch der großen Zahl von Menschen, die sich mit deren Werten identifizieren, obwohl sie objektiv auf der Seite der Verlierer des Zinssystems stehen. Derartige Identifizierungen sind unbewußt zuweilen so tief verankert, daß auch die besten Sachargumente an ihnen abprallen.

Gefahr von Kapitalflucht

Angenommen einmal, es würde sich auf demokratischem Weg eine Mehrheit für die Einführung eines alternativen Geldsystems innerhalb einer Volkswirtschaft finden: Welche Probleme würden dann entstehen, wenn das Geldkapital fluchtartig ins Ausland abwandern und in andere Währungen umsteigen würde (Kapitalflucht)? Müßte das nicht zu einem dramatischen Absinken des Wechselkurses, also zu einer Währungskrise führen, über die die betreffende Regierung stürzen könnte?

Ausweichen auf andere Geldvermehrungsmöglichkeiten

Wenn schon die Geldanlage am Kapitalmarkt immer weniger Zins erbringen würde, würde das Geld dann nicht in andere Geldvermehrungsmöglichkeiten drängen, z.B. in Spekulationen der verschiedensten Art? (Zur Vermeidung wachsender Bodenspekulation wird in der freiwirtschaftlichen Bewegung eine Bodenreform gefordert, auf die ich hier nicht näher eingehen will.) Welche Probleme ergeben sich z.B., wenn immer mehr Geld an die Aktienbörsen strömt? Oder in direkte Beteiligungen an Unternehmen? Würden die dadurch möglichen Vermögenszuwächse nicht ebenfalls die sozialen Gegensätze verschärfen?

Regulierung der Geldmenge ohne Leitzins?

Im bisherigen Geldsystems wird die Geldmenge von seiten der Zentralbank wesentlich reguliert durch Veränderungen des Leitzinses (z.B. Diskontpolitik): Erhöhung des Leitzinses, um den Geldzufluß zu drosseln, und Senkung des Leitzinses, um ihn zu erhöhen. (Wir kommen noch ausführlich darauf zu sprechen.) Welches Instrument der Geldmengenregulierung soll - wenn der Zins langfristig auf Null absinkt - an die Stelle des Leitzinses treten? Die Zentralbank müßte auf andere Weise als über Kredite an die Banken das Geld in Umlauf bringen und die Geldmenge flexibel den Veränderungen des Sozialproduktes und des Preisniveaus anpassen können.

Kreditselektion ohne Zins?

Bisher reguliert der Zins das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Krediten. Bei einem Nachfrageüberhang steigt der Zins, bei einem Nachfragemangel nach Krediten sinkt der Zins. Er wirkt auf diese Weise auch als ein Selektionsinstrument: Investitionen, die den geforderten Zins nicht erwirtschaften, können nicht finanziert und realisiert werden. Welches Selektionsinstrument soll an die Stelle des Zinses treten, wenn der Zins auf Null sinkt? Gibt es überhaupt andere Selektionsinstrumente, die die verschiedensten Investitionen auf einen gleichen Nenner bringen und dadurch untereinander vergleichbar machen? Und wenn nicht, sind es dann nur politische Entscheidungen, die der einen oder der anderen Investition den Vorzug geben? Und wenn ja, eröffnet dies nicht neue Gefahren einer sich verselbständigenden Bürokratie und entsprechender Korruption? Wenn aber die Funktion des Leitzinses und seine Funktion als Selektionsinstrument erhalten bleiben sollen, dann kann der Zins langfristig nicht auf Null sinken. (Oder aber das Absinken bezieht sich auf das durchschnittliche Zinsniveau, von dem es differenzierende Abweichungen nach oben und unten geben müßte.)³⁴

Die Macht der Banken

Wäre es angesichts der Macht der Banken überhaupt gewährleistet, daß die Zinssenkung (die durch den vermehrten Zustrom von Geldkapital zum Kapitalmarkt entsteht) an die Kreditnehmer weitergegeben wird? Könnte es nicht auch dazu führen, daß die Banken zwar die Sparzinsen (für Geldanleger) senken, aber die Kreditzinsen auf dem früheren Niveau belassen und den wachsenden Überschuß als wachsende Bankgewinne einstecken?

Die Macht der Banken scheint insgesamt ein blinder Fleck der Freiwirtschaftslehre zu sein: Sie bleibt fast völlig unangetastet und soll durch ein neues Geldsystem auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Ist dies ein Ausdruck mangelnden Problembewußtseins oder Ausdruck taktischer Überlegungen, daß man sich mit den freiwirtschaftlichen Gedanken und Vorschlägen nicht zu viele Gegner auf einmal schaffen will? Das Wirken marktwirtschaftlicher Prinzipien ist aber wohl in wenigen Bereichen so offensichtlich durch Marktvermachtung gestört wie im Bankensektor. Die Macht der wenigen Großbanken in der Bundesrepublik ist dabei nicht nur auf ihren Anteil am Kreditvolumen beschränkt, sondern beinhaltet vor allem auch deren Einfluß auf Aktiengesellschaften und Konzerne durch Kapitalbeteiligungen und "Depotstimmrecht".

³⁴ Ein interessanter Gedanke in diesem Zusammenhang stammt von Erhard Glözl. Er plädiert für eine Entkoppelung von Soll- und Habenzinsen. Letztere sollen durch Einführung einer "Geldnutzungsgebühr" abgebaut werden und auf diese Weise die Eskalation der Geldvermögen und Verschuldung auflösen. Erstere sollten in Form einer "Kreditgebühr" als Steuerungsinstrument für die Kreditnachfrage dienen. Siehe hierzu seinen Artikel "Über die (In-)Stabilität unseres Geld- und Wirtschaftssystems aus der Sicht eines Technikers", SBL, Gruberstr. 40-42, A-4010 Linz.

Gewinnorientierung, Konkurrenz, Marktvermachtung und Ausbeutung

Ein weiterer blinder Fleck - und ein noch viel größerer - ist die weitgehende Ausblendung oder Verdrängung des Konflikts zwischen den Eigentümern an Produktionsmitteln und den Lohnabhängigen, wie ihn Marx herausgearbeitet und als "Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" bezeichnet hat. Die Tatsache, daß Marx die Problematik des Zinses nicht klar erkannt hat, entwertet nicht seine tiefgehende Analyse der Struktur und Dynamik kapitalistischer Systeme, insbesondere seine Aufdeckung der Herrschaftsstrukturen innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses mit der ihm eigenen Fremdbestimmung der Arbeit. Daran würde sich auch durch ein alternatives Geldsystem im Prinzip nichts ändern.

Allerdings würde der Druck, der durch den Zins auf den Unternehmen lastet, erheblich nachlassen, und entsprechend der dadurch bedingte Druck auf die Arbeiter, die Lieferanten und die Abnehmer. Aber dennoch bliebe ein gewisser Druck bestehen und würde unter Aufrechterhaltung einer privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft fortwirken: der Druck der Konkurrenz, dem die einzelnen privatwirtschaftlichen Unternehmen nach wie vor ausgesetzt wären; und der nicht nur belebende, sondern auch spaltende Wirkungen hat: Es bliebe ein Antrieb der Arbeitersplitterung und Hierarchie, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in den Betrieben und der Entfaltung von Macht auf den Bezugsmärkten bzw. Absatzmärkten.³⁵

Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Wettbewerb oder die Konkurrenz sich nicht nur zwischen annähernd gleichstarken Unternehmen abspielen würde, sondern zwischen einer großen Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen einerseits und wenigen Großunternehmen und Konzernen andererseits mit Dominanz- und Abhängigkeitsstrukturen.

Der privatwirtschaftliche Gewinn ist eben nicht nur Entgelt für unternehmerische Leistungen (Unternehmerlohn) bzw. für die Übernahme von Risiko (Risikoprämie), sondern kann auch eine unsichtbare Prämie für den Aufbau und die Entfaltung von Macht beinhalten: nach innen (gegenüber den Beschäftigten) und nach außen (auf den Bezugs- und Absatzmärkten bzw. gegenüber der Politik).³⁶ Auch in einer vom Zins befreiten privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft blieben diese Machtstrukturen und ihre Dynamik - wenn auch in abgeschwächter Form - erhalten. Auf sie ist gleichermaßen der Blick zu richten wie auf den Zins und das Geldsystem. Die Aufdeckung eines bis dahin übersehenen und grundlegenden Konflikts durch Silvio Gesell, nämlich des Konflikts zwischen Geldkapital einerseits und der übrigen Gesellschaft andererseits, sollte nicht dazu führen, andere bestehende Konflikte zu leugnen und den Blick dafür zu trüben.

³⁵ Diese von der Gewinnorientierung ausgehenden Tendenzen habe ich ausführlich abgeleitet in meiner "Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie", FHW Berlin 1980.

³⁶ Diese Zusammenhänge haben mich schon 1979 beschäftigt, in dem Kapitel "Der Gewinn als ökonomischer Hebel" in: Bernd Senf, Dieter Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, Band 2, Bonn-Bad Godesberg 1971.

Kritisches Verhältnis zu den Gewerkschaften

Die freiwirtschaftliche Bewegung hatte bisher überwiegend ein sehr kritisches Verhältnis zu den Gewerkschaften. Diese sind mit Recht darin zu kritisieren, daß sie - wie große Teile der Gesellschaft überhaupt - die Problematik des Zinses bisher nicht erkannt und zum öffentlichen Thema gemacht haben. Aber deswegen auf Distanz zu den Gewerkschaften zu gehen (wie das in Teilen der freiwirtschaftlichen Bewegung geschieht), wird ihrem historischen Verdienst im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in keiner Weise gerecht. Das blinde Vertrauen in die sozialverträgliche Selbstregulierung des Arbeitsmarktes widerspricht allen historischen Erfahrungen. Ohne Gewerkschaften hätten wir heute noch Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in Zeiten des Frühkapitalismus. Das wird deutlich an den Ländern, in denen Gewerkschaften auch heute noch verboten oder in denen ihre Rechte stark eingeschränkt sind, wie in den meisten Ländern der Dritten Welt. Die Lohnbildung allein dem Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft zu überlassen, kann in Zeiten eines Überangebots von Arbeitskräften zu Hungerlöhnen führen, die sogar unter das Existenzminimum fallen und soziale Katastrophen bewirken können. Daran würde ein alternatives Geldsystem ohne Zins im Prinzip nichts ändern.

In einem alternativen Geldsystem würde zwar der durch den Zins verursachte Druck auf die Unternehmen, der an die Lohnabhängigen weitergegeben wird, nachlassen. Aber solange Konkurrenzdruck und privatwirtschaftliche Gewinnorientierungen herrschen, wird das Bestreben der Unternehmen unter anderem dahin gehen, die Löhne als einen Kostenfaktor niedrig zu halten und ein Maximum an Arbeitsleistung aus den Lohnabhängigen herauszuziehen. Selbst wenn durch Ausbleiben von Krisen und Massenarbeitslosigkeit die Marktposition der Lohnabhängigen gestärkt würde, bedürfte es noch auf unabsehbare Zeit der Gewerkschaften, um die entsprechenden Interessen der Lohnabhängigen auch wirksam durchsetzen zu können.

Der Arbeitsmarkt - das hat die Geschichte des Kapitalismus immer wieder gezeigt - reguliert sich nicht von selbst, und wenn er es tut, dann mit der Folge unermeßlichen sozialen Elends. Wenn der Lohn unter das Existenzminimum absinkt, hat der Lohnabhängige eben nicht (wie der Geldkapitalbesitzer bei niedrigen Zinsen) die Möglichkeit, sein Angebot zu verweigern, sondern er muß seine Arbeitskraft trotzdem anbieten, und sogar noch im verstärktem Maße.

Die freiwirtschaftliche Bewegung sollte nicht der Illusion anhängen, als könnte in einem alternativen Geldsystem ein "freier" Arbeitsmarkt die sozialen Probleme von selbst lösen. Solange sie derartige Illusionen verbreitet, wird sie mit Recht von Seiten der Gewerkschaften auf Unverständnis und Ablehnung stoßen. Dies aber macht es schwierig, daß wichtige und richtige Einsichten der Freiwirtschaftler (in die Problematik der herrschenden Geldordnung und Bodenordnung) in gewerkschaftliche Kreise einfließen und sich so in der

Arbeitnehmerschaft ausbreiten. Ein Teil der Isolierung und bisherigen politischen Wirkungslosigkeit der freiwirtschaftlichen Bewegung scheint mir insofern auch selbst verschuldet zu sein, weil von ihr teilweise falsche Fronten und von der Sache her unnötige Verhärtungen aufgebaut worden sind.

Trotz dieser offenen Fragen in bezug auf eine neue Geldordnung und der kritischen Vorbehalte gegenüber der Freiwirtschaftslehre scheint mir eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Problematik der herrschenden Geldordnung und des Zinssystems - und mit der Suche nach einem "Dritten Weg" anstelle von Kapitalismus und Sozialismus - dringend geboten. Heutzutage vielleicht mehr denn je.³⁷

³⁷ Zur Vertiefung dieser Fragen siehe vor allem "Der Dritte Weg" - Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung" (Redaktion: Erfstr. 57, 45219 Essen) sowie "Zeitschrift für Sozialökonomie", Gauke-Verlag, PF 1320, 24319 Lütjenburg.